URLAUB IN ALBANIEN Seite 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 26 vom 7. Juli 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Stabilität im Kapitalismus ?

Vergeblicher Wunschtraum.

Die Stabilität, die Beständigkeit der Wirtschaft, ist ein Wunschtraum aller Kapitalisten. Sie hätten es gerne so, daß Produktion und Profite ständig steigen, daß man sich immer neue Fabriken dazubauen oder dazukaufen kann, damit man noch mehr Profit einstreicht, und daß das ewig so weiter geht, ohne Störungen und Brüche. Davon träumen dicke Konzernbosse und magere Krauter, sofern ihnen das Geldscheffeln zum Träumen Zeit läßt.

Dieser Traum ist im Kapitalismus nicht zu verwirklichen. Zu zahlreich sind die Widersprüche innerhalb dieses Systems. Sie prallen stets mit voller Wucht aufeinander und sind nicht unter 'einen Hut' zu bringen. Sie wirken aus diesem System heraus. Sie sind ein Teil des kapitalistischen Systems.

Der Hauptwiderspruch ist der zwischen ausgebeuteten Arbeitern und kapitalistischen Ausbeutern. Die Arbeiter stellen die Waren her, die Kapitalisten eignen sie sich an. Ihr einziges Ziel ist, dabei immer höheren, maximalen Profit zu erzielen. Aber die Kapitalisten w o l l e n nicht nur den grösstmöglichen Profit, sie m ü s s e n ihn wollen. Erringt der eine oder andere Kapitalist nicht Maximalprofit, gerät er gegenüber allen anderen Kapitalisten ins Hintertreffen, geht es mit ihm bergab.

Der Kapitalismus hat dadurch bereits Millionen von Kleinproduzenten und kleineren Kapitalisten proletarisiert. Aber die Hoffnungen der Kapitalisten, aus dem Millionenheer der Industrieproletarier endlos Profite scheffeln zu können, sind aussichtslos. Die Arbeiterklasse lässt sich nicht willenlos ausplündern und unterdrücken. Der Kapitalismus schuf sich mit dem Proletariat zugleich seinen eigenen Totengräber, das unter Führung seiner Kommunistischen Partei im revolutionären Klassenkampf, mit dem gewaltsamen Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, dem Aufbau des Sozialismus und schliesslich dem Kommunismus den Hauptwiderspruch endgültig löst. Neben dem Hauptwiderspruch wirken unzählige Widersprüche zwischen den Kapitalisten selbst und erschüttern ihr System immer wieder.

Hier werden wir besonders auf diese Widersprüche eingehen.

Überfluß und Armut

Weil alle Kapitalisten allein im Hinblick auf den Maximalprofit produzieren, bilden sich Warenhalden und die Kapitalisten müssen ihre Produktion drosseln und Arbeiter entlassen. Dadurch sinkt der Absatz: Aus dem Reichtum der Kapitalisten, dem 'Überfluss' an Waren, entsteht Not und Elend bei den Arbeitern. Diese Art von Krise kennen wir aus der Zeit vor dem Krieg, aus den Jahren 1966/67 und, in leichterer Form, 1970/71. **Bonzen und Minister schwätzen dann von der 'Talsohle', in der sich die Wirtschaft befindet und verschweigen, dass es die Arbeiter sind, die diese 'Talwanderung' bitter bezahlen müssen.**

Um gut zu verdienen, muss jeder einzelne Kapitalist oder kapitalistische Betrieb seine Konkurrenz auf dem Markt ausstechen. Es wird um Marktanteile gerungen. Das kommt daher, weil willkürlich, ohne Plan produziert wird. Zwar hat jeder Kapitalist seinen eigenen Betrieb straff durchorganisiert, aber dem steht absolute Anarchie zwischen den verschiedenen Betrieben gegenüber. Das kommt daher, weil die Produktion sich nicht danach ausrichtet, was wirklich im Volk gebraucht wird, sondern danach, was den meisten Profit verspricht.

Und in der Jagd nach den grössten Profiten können sich die Kapitalisten nicht langfristig einigen. Auch kurzfristige Übereinkommen gehen sofort zu Bruch, wenn die Kapitalisten eine bessere Profitquelle sichten, wo sie den Konkurrenten aus-

Fortsetzung auf Seite 4

BÄNNINGER: Oppositionelle Betriebsräte entlassen !

Die Firma Bänninger ist eine Fittingsfabrik in Gießen (1400 Mann). Sie steht im harten Konkurrenzkampf mit anderen Firmen dieser Art. Deshalb besteht im Betrieb eine ungeheure Arbeitshetze, saumäßige Arbeitsbedingungen, hohe Akkorde.

Seit Neuem gibt es eine kampfentschlossene Arbeiterschaft bei Bänninger. Es geht um Teuerungszulage. In vielen Abteilungen war man sich einig: "Wir werfen den Hammer hin. Die 60-jährige streikfreie Tradition muß gebrochen werden." Freitag morgen wurde ein Streikaufruf vom ROT-GUSS (unsere Betriebszeitung) verteilt. Dies war der zündende Funke, der gefehlt hatte.

"Um viertel nach Zehn ist Feierabend" – hiess es. Die Rot-Guss-Abteilung, die Schlosser und Elektriker waren die Ersten. Sie standen geschlossen. Sofort marschierten Trupps von Kollegen durch die Abteilungen, um alle zu mobilisieren. Es wurden immer mehr. Auf dem Hof versammelten wir uns. Die Bänningers hatten sich weggemacht, und ihr faschistischer Wachhund Wünsch (Personalchef) hatte das Kommando bekommen. Er und noch einige Lakaien liefen mit Blutdruck herum und suchten nach sogenannten 'Rädelsführern'.

Sofort fielen sie über die Betriebsräte der gewerkschaftsoppositionellen Liste her. Vom Betriebsrat haben als einzige die Betriebsräte der Liste 2 mitgestreikt, die anderen waren 'unauffindbar'.

Die oppositionellen Betriebsräte sollten die Kollegen auffordern, wieder an die Arbeit zu gehen. Dieses wäre ihre Pflicht laut BVG, worin steht, dass der Betriebsrat der Friedenspflicht unterliegt. Solche klassenkämpferischen Kollegen, die sich seit Jahren für die Belegschaft und gegen Bänninger eingesetzt haben, sie sollen in solch einen Situation ihre Klasse verraten! Friedenspflicht und BVG sind nichts als die Fallstricke der Kapitalistengesetze. Das haben wir am Freitag klar gesehen.

Da musste sich Wünsch schon andere suchen: Betriebsratsvorsitzender Kronenberg erschien: "Was wollt ihr, Kollegen, wieso seid ihr hier? Ich nehme an, es geht um Teuerungszulage?!" Er versprach sofort zu verhandeln. Wünsch forderte dann die Kollegen auf, an die arbeit zu gehen und versprach ebenfalls Verhandlungen. Die Kollegen gingen langsam wieder zurück. **Aber eines hatte jeder gemerkt: Das nächste Mal brauchen wir einen Sprecher, eine entschlossene Führung aus unserer Mitte.**

Die Stimmung war gut: "Denen haben wirs gezeigt, das haben sie sich nicht träumen lassen, die nächste Woche muss besser werden", so sagten die Kollegen. Es wurde aber auch kritisiert, dass die Vorbereitungen und die Verbindungen mit den anderen Abteilungen schlecht war. Die Hauptsache war: Hier hat jeder gespürt, wie stark wir sind, wenn wir uns einig sind!

Betriebsrat und Geschäftsleitung reagierten sofort. Die beiden Betriebsräte Leicht und Maroska von der Liste 2 (GO) wurden sofort beurlaubt und bekamen generelles Hausverbot. Sie mussten sofort ihre Sachen packen und wurden in Begleitung von Wünsch und noch einem Bänninger-Lakai abgeführt wie Schwerverbrecher. Bänninger und seine Lakaien hatten auf diese Gelegenheit lange gewartet. Die Kollegen Leicht und Maroska haben immer konsequent für ihre Klasse gekämpft und sich nicht um irgendwelche Friedenspflichten gekümmert. Deswegen bekamen sie Hausverbot. Die Kollegen waren zuerst wie vor den Kopf geschlagen. Viele sagten: "Jetzt müssten wir sofort wieder auf den Hof gehen."



BRECHT DEN

TARIFFRIEDEN!

UND WAS TAT DIE D'K'P WÄHREND DER GANZEN ZEIT?

Zuerst hetzte sie masslos gegen die Gewerkschaftsopposition und denunzierte die Kollegen, wo sie nur konnte. Ist ja auch klar, warum! Diese Kollegen kämpften auch gegen Postenschieberei. Und das passt natürlich einigen D'K'P-Leuten nicht in den Kram. Sie wollen nämlich ihre gutbezahlten Posten in der Gewerkschaft nicht verlieren und vor allem ihre Karriere soll nicht angetastet werden. Anstatt bedingungslose Solidarität zu üben, wie es sich für wahre Kommunisten gehört, bringen sie Freitag mittag ein Flugblatt heraus, wo sie in einem Atemzug sagen: 'Die beiden Kollegen sollen ihre Arbeitsplätze nicht verlieren, aber ihre Aktivität spalte die Arbeiterklasse und schade ihr'. (Zitat von D'K'P-Flugblatt).

Damit erweisen sie dem Kapitalisten Bänninger die beste Schützenhilfe. Einerseits unterstützen sie scheinbar die beiden Kollegen, andererseits aber desorganisieren sie die Kampffront, und in Wirklichkeit sind sie damit gegen den Streik insgesamt. Einerseits bezeichnen sie den ROT-GUSS und damit unsere Partei als Spalter (wo der ROT-GUSS am Freitag zum Streik für 60 Pfg. aufgerufen hatte), andererseits sagen sie, die Aktion der Kollegen sei richtig. Im Klartext heisst das, dass die Kollegen, die gestreikt haben, Spalter sind. **Das zeigt klar, auf welcher Seite sie stehen, und was sie mit ihren Schmierblättchen erreichen wollen: S i e wollen die Kampffront der Kollegen spalten!**

Aber der Kampf geht weiter, auch wenn die beiden Kollegen nicht mehr im Betrieb arbeiten sollten, werden andere aufstehen und die gerechte Sache fortsetzen! Jeder Angriff von Bänninger auf uns ruft immer stärkeren Widerstand hervor. Jede Dreckigkeit von Seiten seiner Agenten, ob Gerüchtemacher, Reformisten oder Revisionisten, ist erkennbar, ist gut sichtbar. Und die Bänninger-Arbeiter konnen daraus lernen.

Die nächste Woche wird weiter marschiert: Am Donnerstag ist Betriebsversammlung!

Aus dem Inhalt

Säbelrasseln in Bonn S.2
Polizeiaufrüstung in NRW S.2
Solidaritätsadresse an die Bremer Vulkan-Arbeiter S.3
Arbeiterkorrespondenzen S.3
Klöckner-Streik S.3
Was der Kanzler so verspricht S.4
Aggression im Arabischen Golf S.5
Weltweiter Protest gegen französischen Kernwaffentest S.5
Urlaub in Albanien S.6
Leserbriefe S.7
Anschlag auf die kommunistische Betriebspresse S.7
Solidaritäts adressen aus Norwegen und Frankreich S.7
Kämpfe an den Universitäten nehmen zu S.8
Kein Bombenabwurfplatz im Westemoor! S.8

'Aufrührern schlagkräftiger auf den Pelz rücken ... !'

"Mit einem Sofortprogramm von 17,34 Mill. DM rüstet Innenminister Willi Weyer (FDP) seine Polizei besser für den Einsatz gegen radikale Demonstranten und Terroristen aus. Das Geld ist vom Finanzminister überplanmäßig bereitgestellt und von allen drei Landtagsfraktionen genehmigt worden." (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 28.6.73).

17,34 Mill. DM sind kein Pappenstiel. Besonders in einem Land, dessen Haushalt total verschuldet ist, das in einigen Städten schon einen Einstellungsstop für Lehrer verfügt, weil angeblich kein Geld mehr da ist.

Warum diese plötzliche Freigiebigkeit ?

Die Bereitstellung dieses Waffenarsenals ist die Antwort der NRW-Landesregierung auf die Demonstration in Dortmund gegen den Breshnew-Besuch. Weyer: "Wir werden Aufrührern und Terrorbanden jetzt entschieden schlagkräftiger auf den Pelz rücken können als früher." (WAZ vom 28.6.).

Diese Neuanschaffungen der Bourgeoisie zeigen zunächst einmal, dass sie selbst keine Sekunde daran geglaubt hat, dass sie mit ihrem Demonstrationsverbot für NRW den Kommunisten und allen fortschrittlichen Menschen die Strasse verbieten kann. Der mutige Kampf der Bevölkerung in Westermoor und in Nordhorn war der beste Beweis, dass auch die Massen zunehmend in militanten Kampf gegen die Bourgeoisie treten. Sie sollen die neuen Knüppel der Genscher und Weyer genauso treffen, wie die Kommunisten auch.

Warum hat aber gerade die Demonstration in Dortmund, die





doch vergleichsweise "friedlich" organisiert war, die Bourgeoisie so in Schrecken versetzt?

1. Bei keiner Demonstration bisher war die Barrikade zwischen der Polizei auf der einen und der Bevölkerung auf der anderen Seite so klar wie in Dortmund. Weyer hatte geplant, mit seinem Riesenpolizeiaufgebot mit seinem Terror, die Bevölkerung einzuschüchtern und die Demonstranten zu isolieren. Das Gegenteil war der Fall. Statt von den Aufmärschen der Polizei beeindruckt zu sein, konnte man häufig hören: "Ich denk, hier ist Demonstrationsverbot." Statt sich von dem Terror einschüchtern zu lassen, hörte man immer öfter: "Gestapo-Methoden", "Das ist ja wie 33." Einzelne Passanten nahmen aktiv den Kampf gegen die Zivilen auf, die versuchten, durch politische 'Verhöre' Demonstranten und Bevölkerung zu unterscheiden. Ein Passant auf die Frage eines Zivilen, ob er auch für Stalin sei: "Ja". Uns gegenüber: "Ich war ja immer gegen Stalin, aber das sag ich denen doch nicht."

Bei keiner Demonstration war auch hinterher die Empörung über den brutalen Polizeieinsatz so gross wie bei diesmal. Eine Stimme von vielen: "Wenn die so brutal vorgehen, dann sollen sich die Demonstranten mal bald ihre eigene Polizei schaffen."

2. Bei keiner Demonstration war auch die Barrikade zwischen den Marxisten-Leninisten und den modernen Revisionisten so klar wie hies. Das lag nicht nur daran, dass diese Demonstration gegen das Oberhaupt der Sozialimperialisten gerichtet war. Das lag auch daran, dass die Bevölkerung hier selbst erlebt hatte, dass die Lüge der D'K'P-Führer von den 'Chaoten', die nichts wollen als Krawall mit der Polizei, nicht stimmt.

3. Nirgendwo auch war die Desorientierung in den Reihen der Polizei, in den Reihen des Feindes, so gross wie hier. Kennzeichnend dafür ist nicht nur, dass die Polizisten mit der fingierten Mordandrohung auf einen 'Kollegen' aufgehetzt werden mussten. Kopflos wurden auch die Einsatzleiter. Ein Passant: "Sie schlagen hier Kommunisten zusammen. Gucken Sie mal, da oben auf Karstadt wehen auch rote Fahnen." Der Einsatzleiter, zunächst verdutzt: "Alles Sympathisanten, überall Sympathisanten."

Die Bourgeoisie hatte geplant, die Marxisten-Leninisten als Kriminelle abzustempeln und sie dann unter dem Beifall der Öffentlichkeit 'ihrer gerechten Strafe' zuzuführen und zu verbieten. Dieser Plan ist missglückt. Gerade die Demonstration in Dortmund hat der Bevölkerung gezeigt, wer in diesem Staat den Terror ausübt. Sie hat sich deswegen in Dortmund nicht gegen die Marxisten-Leninisten empört, sondern gegen die Polizei.

Damit ist der erste Strich durch diese Pläne der Bourgeoisie zum Verbot der KPD/ML und anderer revolutionärer Organisationen gemacht. Erneut entbrennt der Streit, wie das Verbot der Marxisten-Leninisten durchzusetzen sei.

Die Aufrüstungen von Polizeiminister Weyer zeigen, dass die Bourgeoisie in Dortmund einen Schlag versetzt bekommen hat. Der Gegenschlag der Bourgeoisie besteht in einem gewaltigen Ausbau des Apparats.

Natürlich werden wir uns auf diese technischen Möglichkeiten einstellen. Aber entscheidend ist nicht die Technik, sondern der Mensch. Darum ist unsere Antwort: Noch bessere Verbindung mit den Massen, noch bessere Führung durch die Partei.

BEISPIELE AUS WEYERS WAFFENLAGER

898 'Sprachverschleierer' gegen das Abhören von Polizeifunk	1 800 000 DM
616 UKW-Funkgeräte	4 600 000 DM
1 447 Handsprechfunkgeräte	3 200 000 DM
Gruppenwagen für je 13 Polizisten	2 300 000 DM
6 Panzerwagen	780 000 DM

Im Windschatten der Supermächte -

Säbelrasseln in Bonn

Während die beiden Supermächte sich alle Mühe geben, ihre konterrevolutionäre Allianz in Europa mit der Aufschrift 'Sicherheit und Entspannung in Europa' zu übertünchen, posaunte Kriegsminister Leber unversehens die aggressiven Ziele des westdeutschen Imperialismus aus.

Auf einer 'wehrpolitischen Informationstagung' am 17.Juni, hob Leber die Bedeutung der Bemühungen hervor, "durch ein Bündel von Vereinbarungen mit der DDR alles, was unter diesen Umständen möglich und erreichbar ist, zu tun, um die in den Nachkriegsjahren entstandene Kluft zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands nicht größer werden zu lassen."

Hier ist bereits einiges getan worden! Die Schachereien mit Bonns neuem Partner Moskau haben sich für beide als sehr einträglich erwiesen. Im Rahmen der sowjetisch-amerikanischen Allianz soll der westdeutsche Imperialismus dazu beitragen, dass die Sozialimperialisten ihren Machtbereich festigen und militärische, politische und wirtschaftliche Vorbereitungen für Aggressionen gegen andere Völker treffen können. Und das lassen sich die Sozialimperialisten schon etwas kosten:

– Im Moskauer Abkommen von 1970 erkannten sie die westdeutschen Imperialisten als politische Grösse Europas an;

– im Berlinabkommen billigten sie offen die Annexion Westberlins durch Westdeutschland;

– Und auf Geheiss der Kreml-Zaren verzichteten die SED-Revisionisten auf eine Anerkennung der DDR durch die westdeutschen Imperialisten.

In all diesen Punkten haben die sowjetischen Revisionisten den berechtigten Anspruch der europäischen Völker mit Füssen getreten: Das Potsdamer Abkommen zu verwirklichen. Die Sowjetführung ist sogar soweit gegangen, die Bonner Militaristen in ihrer Expansionsgier zu bestärken.

Auf dieser Grundlage betrachtet Kriegsminister Leber es als seine Aufgabe, "alle Möglichkeiten für eine Lösung der deutschen Frage offenzuhalten und nach besten Kräften die Basis dafür zu schaffen, das heisst auch, an den Voraussetzungen der Entwicklung einer friedlichen Ordnung in Europa mitzuarbeiten..."

Wie das gemeint ist, zeigt Lebers Kriegsetat: **Laut Nato-Untersuchung werden im neuen Bundeshaushalt 38 Milliarden DM für die weitere Aufrüstung der westdeutschen Kriegsmaschinerie ausgegeben. Das ist Lebers Basis für die 'Lösung der deutschen Frage'!**

Die andere Seite, die Leber nennt, heisst: Die aggressiven Gebärden des westdeutschen Imperialismus in ein sauberes Friedensgewand zu kleiden. Es wird die Aufgabe des 'Friedenskanzlers' sein, unter dem Mantel der 'Sicherheit und Entspannung' weitere Zugeständnisse der Supermächte an die aggressiven Absichten der Deutschen Bundesrepublik zu erhandeln. Hier ist sich die Brandt-Scheel-Regierung der weiteren Unterstützung beider Supermächte gewiss. Die US-Imperialisten werden weiterhin bereit sein, die westdeutschen Imperialisten in den Dienst der konterrevolutionären Allianz der beiden Supermächte zu stellen und sie entsprechend zu entlohnen.

Immer mehr übernimmt die Deutsche Bundesrepublik in der Nato die Aufgabe, die amerikanische Vorherrschaft in Europa zu sichern, um so selbst die Macht Nummer 1 in Europa zu werden. Als Anwalt des amerikanischen Militärstiefels in Europa verkündet Leber daher: "Die amerikanischen Truppen stehen nicht hier als Besatzungstruppen, sondern sie sind hier, weil hier in unserem Lande die vorderste Linie des freien Teils der Welt verläuft und weil Schutz und Sicherung dieser Freiheit das gemeinsame Anliegen der freien Völker ist."

US-Truppen sollen Garant der Freiheit sein? Ja, sie haben die Freiheit der US-Imperialisten zu wahren, gegen die Völker Europas mit Erpressung und Unterdrückung vorzugehen. Sie garantieren den amerikanischen und europäischen Imperialisten die Freiheit, die europäischen Völker auszusaugen. Aber das ist nicht die Freiheit, welche die Völker Europas wünschen und für die sie kämpfen! Frieden und Sicherheit in Europa können niemals von Kriegsstiftern ausgehen, die erneut die Welt unter sich aufteilen wollen.

Freiheit und Unabhängigkeit, Frieden und Sicherheit in Europa können nur von den Völkern Europas selber erreicht werden: Im Kampf gegen die Vorherrschaft der beiden Supermächte und ihre Statthalter, die europäischen Imperialisten.

Unsere Waffe: ROTER MORGEN!

3.5.	Genossen aus Berlin-Wedding	25,10 DM
4.5.	Geburtstagsfeier Kiel	30,99 DM
7.5.	AEG Westberlin	70,00 DM
7.5.	Versteigerung eines RM-Abzeichens im Bierhaus Wedding	138,67 DM
15.5.	Kunden des Thälmannladens Kiel	25,00 DM
22.5.	Kunden des Thälmannladens	30,00 DM
25.5.	M.A.O. Kassel	25,00 DM
6.6.	Rote Garde Taiflingen	7,60 DM
8.6.	M.A.O. Kassel	10,00 DM
9.6.	Aus Nr-Heimen der inneren Mission Marburg	25,00 DM
14.6.	Skatrunde Westberlin	15,00 DM
14.6.	Kollegen des Schaltwerks Siemens, Westberlin	5,00 DM
18.6.	P.J. Westberlin	50,00 DM
	Insgesamt:	464,37 DM

Wir danken allen Freunden und Genossen!

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 3607. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



KLÖCKNER STREIK: 'DER STREIK IST ZUSAMMENGEBROCHEN - DOCH UNSER KAMPF GEHT WEITER !'

– So lautet die Überschrift des 'Angriffs' Nr.8, der Betriebszeitung der KPD/ML bei Klöckner/Bremen vom 28.6. Fast täglich erschien während der Streikwoche ein Extrablatt des 'Angriffs', oft sogar zu jeder Schicht. Jetzt wird die Betriebszelle die Lehren aus dem Kampf ziehen, und mit ihr viele Kollegen bei Klöckner. Was können wir heute schon feststellen:

Das selbständige Handeln der Kollegen, die Steigerung ihrer Kampfbereitschaft, ging von der Tatsache aus, dass:

1. es angesichts der Preissteigerungen zu einem notwendigen Lohnausgleich von 60 Pfg. kommen muss;

2. die Kapitalisten zu keinerlei Zugeständnissen bereit waren;

3. die angeblichen Arbeitervertreter im BR und VLK-Leitung nach anfänglichem Totschweigen der Kampfbereitschaft, plötzlich mit einer 30-Pfg.-Forderung auftraten und damit die Kampffront spalteten.

Die D'K'P schreibt: 100 V-Leute waren für 30 Pfg., nur 4 dagegen. – Sicher. Aber genauso sicher ist, was die D'K'P verschweigt: Sie hat die V-Leute entgegen der Forderungen der Kollegen und im Sinne der Kapitalisten und der 'Stabilitätspolitik' der Regierung beeinflusst. Die 'Bramme' (D'K'P-Betriebszeitung) schreibt: "Es ist nicht zufällig, dass sich die linksgebenden Grüppchen 'KPD/ML' und 'KBW' dieser Forderung (60 Pfg.) annehmen... Sie bauen damit jetzt die Position auf, von der sie morgen und übermorgen... den Betriebsrat und Heinz Röpke, den Vertrauensmännerkörper und die Gewerkschaften des Verrats, der faulen Kompromisse und des Zurückweichens bezichtigen wollen."

Nicht erst übermorgen, sondern bereits während des Kampfes haben die Kollegen immer mehr erfahren, dass die Bonzen nicht einfach nur Zurückweichen, sondern dass sie gegen die Arbeiter, für das Kapital Politik machten.

Die D'K'P wirft den Kollegen Spaltung vor, die 60 Pfg. forderten, und drehen so die Sache um. Die D'K'P berief sich auf die Kampfsituation, in der es einheitlich und diszipliniert den 'gewählten Gewerkschaftsgremien und dem Betriebsrat' zu folgen gälte. Aber Ernst Thälmann, der grosse Führer der deutschen Arbeiterklasse, schrieb dazu:

"Die Anerkennung der Gewerkschaftsdisziplin, die doch heute eine völlig kapitalistische Disziplin ist, weil der Gewerkschaftsapparat mit dem Staatsapparat verwächst, führt zur Unterwerfung unter die Politik des Reformismus und letztenendes zur Unterwerfung unter die Politik des kapitalistischen Staates und der Bourgeoisie."

Sollten die Klöckner-Arbeiter etwa dem Bonzen Scholz von der IGM-Bezirksleitung Hamburg folgen, den die Vulkan-Direktion eilends während des Vulkan-Streiks herbeiholte und ihm danach öffentlich dankte, dass es "ihm gelungen sei, extreme Forderungen auszusortieren" (FAZ, 23.6.) und den Kampf zu brechen? – Die Klöckner-Arbeiter hatten vom Vulkan-Streik gelernt!

Wie dort bestanden sie auf der **vollen** Durchsetzung **ihrer** Forderung: 60 Pfg.!

Denn: Gibt man den Bonzen nur in einer Forderung nach, dann schwankt die Front, dann folgt dem Verzicht auf die 60 Pfg. auch das Nachgeben anderer Forderungen. Das trat auch ein, als die Bonzen die Forderung nach Bezahlung der Streikzeiten und der Fortführung des Streiks bis zur Wiedereinstellung von 2 entlassenen Kollegen sabotierten.

SELBSTÄNDIGER KAMPF IM VERTRAUEN AUF DIE EIGENE KRAFT!

Die Klöckner-Arbeiter hätten noch entschlossener gekämpft, wenn sie klarer erkannt hätten: Hier im Kampf zeigt sich, dass es nicht nur Abwiegler, sondern Feinde in unseren Reihen, Handlanger der Kapitalisten unter der Maske 'Arbeitervertreter' gibt.

Der Klöckner-Streik bewies ein auch weiteres Mal, dass selbständiger Kampf der Arbeiter auch selbständige Organisierung verlangt. Die gewerkschaftsoppositionelle Bewegung ist da, aber der Schritt zu eigenen Streikleitungen, Organisierung und Kontrolle der Streikposten (kämpferische Kollegen, die Streikposten stehen wollten, wurden von Gefolgstreuen des BR abgewiesen) fehlte weitgehend.

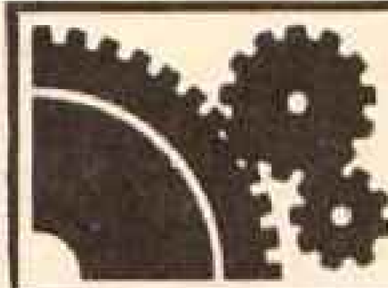
Der organisierte Zusammenschluss all jener Kollegen in der Gewerkschaftsopposition, die die Paktiererpolitik der Bonzen mit Kapital durchschauten, das ist ein notwendiger Schritt aus der Kampferfahrung.



STREIK der Bremer Vulkan- Arbeiter

BRECHT DEN TARIFFRIEDEN!

VORWÄRTS ZUR REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!



DER MARSCH DURCHS WERK

EIN KLÖCKNER-KOLLEGE BERICHTET

Als wir zur Nachtschicht kamen (Montag), fiel schon auf, als wir mit dem Werksbus durchs Tor fuhren, dass keine Lok mehr auf den Gleisen zu sehen war und kaum noch ein Schornstein qualmte. Im Bus rief das einen grossen Jubel hervor. Die Kollegen waren sehr kampfbereit.

An der K aue angekommen wurde die Parole ausgegeben: Wir marschieren allesamt zum Direktorium und nehmen alle Kollegen mit, die noch in den Hallen sind. Zwei Kollegen brachten dann Schilder an, worauf stand:

STREIK! WIR WOLLEN 60 PFENNIG!

Der Zug ging vom KW (Kaltwalzwerk) aus mit ca. 30 bis 40 Mann. Im WW, das wir zunächst aufsuchten, schlossen sich spontan eine Menge Kollegen dem Zug an. Einen Teil mussten wir allerdings erst in längeren Auseinandersetzungen überzeugen. Dann ging es in die Flämmerei. Da arbeiten hauptsächlich ausländische Kollegen. Als die uns sahen, schmissen sie sofort die Brocken hin und schlossen sich dem Zug an. Es wurden die Fäuste geballt und je grösser der Zug wurde, um so mehr stieg die Stimmung. An jedem Platz, wo noch jemand arbeitete, wurde laut gebuht und gepfiffen, das Streikschild wurde hochgezeigt und alle Kollegen aufgefordert, mitzukommen... Immer mehr Schilder wurden mitgetragen mit der 60-Pfg.-Forderung. Der Zug marschierte durch die dunklen Werkstrassen zum Betriebsrat. Ein Kollege mit einem Moped spielte den Streik-Kurier. Er berichtete immer, wo noch welche arbeiten und wo noch welche auf uns warten, damit wir sie abholten. Da er schon über 15 Jahre auf der Hütte ist, kannte er sich auch gut aus.

Beim Verwaltungsgebäude angekommen, wollten uns die ersten am Weitermarschieren hindern! Bleibt doch hier und wartet auf den Betriebsrat, der verhandelt gerade hinten beim Direktorium! Aber auch darauf liessen wir uns nicht ein. Mehrere hundert Mann stark setzte sich der Zug langsam in Bewegung. Jetzt wurden auch Parolen gerufen.

Je näher wir an das Direktoriumsgebäude mit den grossen hellerleuchteten Fenstern kamen, desto mehr Kollegen fielen in die Parolen mit ein. Ein Kollege sagte zu mir: Guck mal, wie schön hier die Strasse ist. So was würde bei uns hinten nicht vorkommen. Der Rasen und die Bäume – wie im Paradies.

Dann kamen wir beim Direktoriumsgebäude an. Die Schilder hielten wir vor uns und langsam wälzten sich die Massen die breiten Treppen hoch. Die Parolen wurden immer lauter und hallten durch den grossen Flur. Hinten im Sitzungszimmer sassen derweil die Betriebsräte und Herren vom Direktorium und verhandelten. Dann ging ein Teil der Kollegen an die Seite des Hauses, wo man in das Verhandlungszimmer reingucken konnte. Von dort riefen wir noch mal die Parolen. Ergebnis: Kaum war eine Minute vergangen, sah man, wie sich die Herren die Jackets überzogen und mit mächtig viel Schiss rausgezittert kamen. Dort erlebten sie eine besonders herzliche Begrüssung.

Als es leiser wurde, ergriff Röpke (BR-Vorsitzender, D'K'P) das Wort: Er versuchte, sehr kämpferisch aufzutreten, ermahnte uns noch nicht einmal, die Arbeit wieder aufzunehmen und fing an, von den 30 Pfg. zu quatschen, wie massvoll die seien usw. Lautes Pfeifen und Rufen war die Antwort.

Einige Kollegen hatten inzwischen Durst bekommen und machten den Vorschlag, doch mal den Sekt und Champagner des Direktoriums zu trinken. Aber ein Kollege meinte bloss: Das lasst man,, mit so einem Polstermöbel können wir doch gar nicht umgehen, und ein Glas Bier wäre mir lieber, aber so'n Proletengesöff haben die bestimmt nicht.

Dann sprach einer vom Direktorium, soweit er nicht daran gehindert wurde. Immer grösser wurde die Wut der Kollegen über das Geseiber. "Wir wollen keine Worte, sondern Scheine! Umbringen sollte man euch! Ausbeuter!" Die meisten Kollegen erkannten, dass es keinen Sinn hat, mit den Arschlöchern zu diskutieren und zogen sich zurück. Als wir erkannten, dass nichts mehr da zu holen war, gingen wir alle zurück. An den Toren brachten wir noch Schilder an:

WIR FORDERN 60 PFENNIG!
DIESER BETRIEB WIRD BESTREIKT!

SOLIDARITÄT

SOLIDARITÄTSADRESSE AN DIE STREIKENDEN BREMER VULKAN-ARBEITER

Stadtteilzelle Gaarden, 21.6.73

Am 21.6.73 fand in der Gaststätte 'Kleinkes Eck' in Kiel Gaarden eine Aufführung des Jugendtheaters des Kieler Schauspielhauses statt. Diese Aufführung fand in Zusammenarbeit mit der 'Gaardener Bürgerinitiative Stadtsanierung' statt. Gezeigt wurde das Stück 'Die Ausnahme und die Regel' von Bertold Brecht.

Nach der Veranstaltung wurde auf der darauffolgenden Diskussion folgende Resolution verabschiedet:

"Die Besuche und Schauspieler des Theaterabends wünschen den streikenden Arbeitern und Angestellten der Bremer Vulkan-Werft vollen Erfolg in ihren gerechten Kampf gegen den Lohnraub durch die ständige Preistreiberei der Unternehmer.
Wir wissen, dass dieser Gruss nur eine geringe Unterstützung Eures Kampfes ist. Wir versprechen Euch aber, den Kampf gegen die Preistreiberei an unserer Stelle zu fuhren."

Diese Resolution wurde von 47 Anwesenden unterschrieben.
Dieses Beispiel zeigt, dass der Kampf gegen die Teuerung nicht nur im Betrieb, sondern auch im Stadtteil verstärkt geführt werden muss.



Hamburg, den 20.6.73

Die Versammlung zur Gründung eines Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen sendet den streikenden Bremer Vulkan-Arbeitern solidarische Kampfesgrüsse.

Euer gemeinsames, entschlossenes Vorgehen gegenüber allen Spaltungs- und Abwiegelmanövern der Kapitalisten und ihrer Handlanger, soll für uns Ansporn sein, ebenso mutig den Kampf zu führen.
Ihr Kämpft – wie jetzt so viele mit Euch – an der Front gegen den direkten Lohnraub, wir kämpfen gegen den indirekten Lohnraub. Unser Kampf ist ein Kampf, er richtet sich gegen denselben Feind.

Diese Solidaritätsadresse wurde auf der von der ROTEN GARDE einberufenen Gründungsveranstaltung des Kampfkomitees gegen die Fahrpreiserhöhungen fast einstimmig angenommen.

Im Anschluss wurden zur Unterstützung des Kampfes 150.– DM gesammelt.

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

VEREINIGEN WIR UNS IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

Fortsetzung von S. 1

Stabilität im Kapitalismus?

Expansion um jeden Preis

stechen können. Deshalb sind alle Pläne von einem krisenfreien Kapitalismus bisher gescheitert und müssen immer scheitern.

Um auch bei schlechtem Inlandabsatz gut verdienen zu können, suchen die Kapitalisten Märkte im Ausland und werfen sich verstärkt auf den Export. VW exportiert seit Jahren über 60% seiner Produktion ins Ausland. Der Anstieg der Exportaufträge gegenüber dem 1. Quartal 1972 liegt bei 55,4% im Maschinenbau, 36,2% im Fahrzeugbau, 16,1% in der Chemie, 28,8% in der Elektrobranche und 24,4% bei Eisen und Stahl. Aber damit unterliegen die Kapitalisten den krassen Schwankungen auf dem schon jetzt überfüllten Auslandsmarkt. Jede dieser Schwankungen wirkt auf unsere Wirtschaft zurück, gar nicht zu reden von der schon chronischen Dollarkrise. **Auch der Export von Waren ins Ausland ist ein Ausweg auf Zeit, der letzten Endes die Fahrt in den Graben beschleunigt.**

Um trotz aller Schwierigkeiten immer grössere Profite einzustecken, exportieren die Kapitalisten schliesslich Kapital, also das Geld, das von uns allen erarbeitet wurde, in Länder mit billiger Arbeitskraft. Für ein Butterbrot kaufen sie solchen Ländern die Bodenschätze weg, beuten ihre Arbeitskraft aus, und machen sie von sich abhängig. Die Kapitalisten verfolgen in diesen Ländern eine starke, imperialistische Expansion (Ausdehnung und Beherrschung). **Aber auch dieser Markt ist schon überlaufen, umso mehr, als dass viele Völker der sogenannten Dritten Welt sich diese Unterjochung nicht mehr gefallen lassen und die Kapitalisten aus dem Land hinausjagen.** Auch beim Kapitalexport trampeln sich die Kapitalisten auf den Zehen herum.

Vorerst aber haben wir in Westdeutschland einen Boom, eine Überhitzung der Konjunktur. Es wird auf Teufel komm raus produziert, immer mehr und immer schneller, vor allem auch neue Produktionsanlagen, um noch mehr produzieren zu können. Der Absatz läuft und läuft und das gibt den Kapitalisten die Chance, ihre Preise unverschämt in die Höhe zu treiben. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten beträgt schon jetzt rund 8%, die Steigerung der Lebensmittelpreise 81% bei Kartoffeln, 34% bei Fleisch, 20% bei Brot usw. Im Inland verfällt der Wert des Geldes, während er im Ausland steigt, wie die neueste Aufwertung der DM zeigt. Die 5,5%-Aufwertung kommen ausschliesslich dem Kapitalexport zugute, stärken die imperialistische Position der westdeutschen Kapitalisten in der Welt und spitzen die Entwicklung auf dem Weltmarkt zu. Die Inflation im Innern hingegen führt ihrerseits zu Absatzschwierigkeiten, zur Absatzkrise und zu Arbeitslosigkeit und Elend.

Die kapitalistische Wirtschaft bewegt sich voran wie ein besoffener Autofahrer, der im Hauptstossverkehr gerade noch zwischen Mittellinie und Strassenrand hin und her pendelt und noch nicht auf die Gegenfahrbahn oder in den Graben gerät. Es ist ein tödlicher Zickzack-Kurs, der alle Träume von Stabilität zunichte macht.

Der Staat - Instrument in der Hand der Monopole

Dennoch müssen die Kapitalisten versuchen, die nie erreichbare Stabilität wenigstens annähernd herzustellen. Da sie das selber nicht können, rufen die auf 'freie' Marktwirtschaft eingeschworenen Herrschaften ihren Staat zuhilfe. Er soll ihnen aus der 'Talsohle' helfen, wie 1966/67, als er mit Steuergeldern, unser aller Geldern also, den Kapitalisten unter die Arme griff und ihnen Milliarden Mark in die offenen Hände drückte. Er soll auch jetzt, in der Überhitzung, helfen. Er soll den Preisauftrieb dämpfen, nicht aber die Profite der Herren schmälern. Was also tut der kapitalistische Staat in einem solchen Falle?

Er versucht, die Menge des im Umlauf befindlichen Geldes zu beschränken, z.B. durch Erhöhung des Diskontsatzes. Die Kredite werden teurer und manche kleinen Betriebe können deshalb nicht genügend Kredite aufnehmen. Aber den Grossen macht das nichts aus, sie finden immer Geldquellen. Oder aber es wird eine Stabilitätsabgabe verordnet, die einer bestimmten Schicht eine gewisse Menge Geld einfach klaut. Die eben verordnete Abgabe unterscheidet sich von dem früheren Konjunkturzuschlag dadurch, dass es die Regierung nicht gewagt hat, die gesamte Arbeiterklasse damit zu belasten, weil sie ihren Widerstand fürchtet, gleicht aber dem Konjunkturzuschlag darin, dass auch sie keine stabilisierende Wirkung hat, denn die einbehaltenen Gelder spielen im Geldumlauf insgesamt eine geringe Rolle. Und als letzten Schrei der Konjunkturpolitik hat man sich den 'stabilitätsgerechten' Haushalt ausgedacht.

Wie sieht der Haushalt wirklich aus? Er ist um 9,6% gestiegen, auf die Summe von 120,2 Milliarden Mark. Sein grösster Posten ist wiederum die Rüstung, für die offiziell 26,4 Mrd. ausgegeben werden. Nach einer Untersuchung der Nato sind es allerdings 38 Milliarden. Jede dritte Mark wird damit für die Rüstung ausgegeben. Bei den Sozialausgaben dagegen möchte man eine Mrd. einsparen. Das ist verständlich. Sozialausgaben bringen den Kapitalisten keine Profite, wohl aber die Rüstungsausgaben. Also wird eine Mrd. aus dem Verkehr gezogen als Alibi dafür, dass 26 Mrd. in den Umlauf gebracht werden. Die Inflation galloppiert weiter. Der Haushalt der Bundesregierung sorgt dafür, dass eines bestimmt bleibt: der Profit der grossen Haie aus Rüstung und Stahl. Nicht stabil bleiben die Währung, die Wirtschaft insgesamt, die Arbeitsplätze und der Wohlstand der Arbeiter und Bauern.

Am lebensgefährlichen Zickzack-Kurs der kapitalistischen Wirtschaft kann keine kapitalistische Regierung etwas ändern. Wenn die Regierung die Wirtschaft ankurbelt, beginnt sie auch schon zu kochen, wenn sie sie bremst, leitet sie schon den Stillstand ein. **Und so wechseln Ankurbeln und Bremsen in schneller Reihenfolge ab, wird der Zickzack-Kurs immer hektischer, bis nur ein Ausweg bleibt, der Krieg. Der kapitalistische Krieg wird geführt, um Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu sichern oder zu erobern, um Konkurrenten zu vernichten, um das aufgehäufte Rüstungsmaterial zu verbrauchen und um die Zerstörung der Arbeitswerte ganzer Generationen herbeizuführen, damit danach wieder aufgebaut werden kann und das alte Karussell sich von neuem dreht. Das Instrument dieses kapitalistischen, imperialistischen Krieges ist der imperialistische Staat, der Vollstrecker des Willens der Kapitalisten. Das ist die tödliche Logik der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Widersprüche. Die Kriege in Korea, im Nahen Osten, in Biafra, in Bengalen und in Vietnam waren nur der Beginn. Weitere, grössere Kriege werden vorbereitet.**

Diese tödliche Logik kann nur von der Arbeiterklasse durchbrochen werden, durch die Revolution und den Sturz des Kapitalismus, durch die Errichtung der Diktatur der Arbeiter über die Kapitalisten, die Einführung sozialistischer Besitzverhältnisse an den Fabriken und Ländereien und den Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft, die sich nicht nach dem Profit, sondern nach den Bedürfnissen des Volkes richtet. Einen anderen Ausweg gibt es nicht.

Programm der PCE/ML erschienen

SCHRIFTENREIHE
"DIE MARXISTISCH - LENINISTISCHE WELTBEWEGUNG WÄCHST UND ERSTARKT"
Nr. 3

PROGRAMM der Kommunistischen Partei Spaniens Marxisten-Leninisten

PCE/ML

PARTIDO COMUNISTA DE ESPAÑA MARXISTA-LENINISTA

INHALTSVERZEICHNIS

POLITISCHE LINIE DER PCE/ML
Einleitung
Kapitel I:
Die gegenwärtige Epoche (Punkte 9-31)
Historische Entwicklung des spanischen Kapitalismus (32-50)
Gegenwärtige Klassenstruktur in Spanien (51-59)
Die Yankee-Herrschaft über Spanien (60-70)
Kapitel II:
Massenlinie (71-76)
Einheitsfront der Arbeiterklasse (77-79)
Revolutionäre nationaldemokratische Front (80-84)
Der Volkskrieg (85-92)
Die Volksdemokratie (93-99)
PROGRAMM DER PCE/ML
I Nationale Unabhängigkeit
II Demokratische Volksrepublik
III Agrarreform
IV Aufhebung der Monopole
V Soziale Errungenschaften
VI Aufhebung der kolonialen Reste

80 Seiten Preis: 2,00 DM

Vertrieb:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheckkonto Hamburg 19 35 72 – 207

Revisionistisches

Nackt-Girls aus dem Osten

Staatlich angestellte Striptease-Tänzerinnen - das ist nur der Gipfel der Entartung auch des gesellschaftlichen Lebens in den revisionistischen Ländern.

In einer Sendung von Radio Tirana heisst es dazu unter dem Titel: "Die Kreml-Clique ersetzt die proletarische Moral durch die bürgerliche Moral": "Die revolutionären Menschen, die für die hohen Ideale des Sozialismus und der Revolution durchs Feuer gingen, sind heute in Vergessenheit geraten, wurden in Museen eingeschlossen. In den Büchern und Zeitungen fällt heute ein anderer "Held" auf, der von den sowjetischen Revisionisten sorgsam hochgepäppelt wird. Er nimmt nur seine persönlichen Interessen wahr, schaut nicht nach links und nicht nach rechts und trachtet danach, seine eigensüchtigen Ziele mit allen Mitteln zu verwirklichen.

So wird in der Sowjetunion die gesunde proletarische Moral immer merh durch die bürgerliche Moral ersetzt. Dies ist auch ganz normal, denn der heutige sowjetische Staat, der alles Sozialistische verworfen hat, kann eine proletarische, sozialistische Moral nicht annehmen, denn die Menschen, die von einer solchen Moral geformt sind, können die verräterische Linie der sowjetischen Revisionisten nicht billigen. Die sowjetische Führung braucht Menschen, die mit niedriger Moral erzogen sind als Nachfolger ihres verräterischen Kurses. Menschen, die skrupellos die Prinzipien und Interessen des Volkes verraten haben und dafür geeignet sind, um die Posten des heutigen sowjetischen Staates und der Partei zu erben."

Was der Kanzler so verspricht

In den letzten Junitagen machte Brandt eine Besichtigungsreise durchs Land. Er fuhr u.a. zu den Eisenbahnern nach Frankfurt, zu den Opel-Arbeitern in Rüsselsheim und ins Berufsförderungszentrum in Essen. Warum er das tat, erfährt man, wenn man liest, was er auf seiner Reise von sich gab und was er verschwieg.

Ohne Zweifel sollte Brandts Reise von Inflation und Teuerung, vom Fall Steiner ablenken, für gutes Wetter sorgen und das Image von SPD und Koalition aufpolieren.

Doch das allein war noch nicht alles. Im Berufsförderungszentrum in Essen hat Brandt eine Menge erzählt, wie wichtig doch die Fachausbildung sei und man brauche nicht nur Studierte sondern vor allem Facharbeiter. Die Berufsausbildung müsse verstärkt gefördert werden. Auch sei es endlich notwendig, eine kinderfreundliche Umwelt zu schaffen mit Spielplätzen, 'Freizeitraum' und ähnlichem. Es war geradezu rührend. Aber zwischen die Berufsförderung und die Kinder schob er einen Pferdefuss ein. Er sagte, dass 1974 für "neue Aufgaben weniger Mittel freigemacht werden als viele hoffen". Eine klare Drohung, verpackt in rührseliges Gesänsel.

Nach dem gleichen Rezept verfuhr er bei den Eisenbahnern in Frankfurt. Zwar werde das Personal verringert, aber man brauche sich um die Arbeitsplätze nicht zu sorgen. Zwar werde "das Schienennetz konzentriert", aber das bedeute keinen Abbau. Immer schön Versprechung und Drohung möglichst in einem Satz und dazu auf Brandt'sche Weise gelächelt. **Allerdings kam ihm in Frankfurt das Lächeln recht sauer an. Man hatte ihn mit 'unverschämten' Transparenten empfangen, auf denen z.B. stand: "Stabilität ja – aber nicht auf unserem Rükken!" oder: "11% Preissteigerung! Wo bleibt die Ausgleichszulage für Eisenbahner?"** Die Leute wussten, was von einem Brandt zu erwarten ist.

Bei Opel-Rüsselsheim sagte Brandt noch weniger, schwätzte von 'Vernunft im Alltag' und 'kritischem Kaufverhalten', um so den Preisauftrieb zu dämpfen. Wenn der Kanzler nur das und sonst nichts sagt, heisst das, dass seine Regierung gegen den Preisauftrieb nichts unternehmen will, dass weitere Teuerungen bevorstehen und dass man bei Lohnforderungen 'massvoll sein' soll. Kurzum, die Regierung sichert im Auftrag ihrer kapitalistischen Herren die Profite und schert sich einen Dreck um die Arbeiter.

Die Leuchte, die man Brandt bei Opel schenkte, wird ihm auch kein Licht aufstecken. Ihm hilft nur die Arbeiterfaust im Gesicht und Feuer unter dem Hintern.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

'Die Imperialisten sollen uns fürchten ...'

Angesichts des französischen Kernwaffentests auf der polynesischen Insel Mururoa hat die Massenbewegung auf der ganzen Welt gegen die Atomwaffenpolitik der imperialistischen Groß- und Supermächte einen neuen Aufschwung genommen. Große Massendemonstrationen in Neuseeland, Australien, Polynesien, Indonesien usw. zeigen, daß die Völker nicht bereit sind, die atomare Bedrohung durch die imperialistischen Mächte hinzunehmen.

Besonders heftig richtete sich der Protest gegen die Großmachtpolitik der französischen Imperialisten, in den ihnen verbliebenen Kolonialgebieten Atombombentests durchzuführen.

Das Geschrei der beiden Supermächte über den französischen Atomtest, wird die Völker allerdings nicht davon abhalten, die USA- und SU-Imperialisten als Hauptvertreter der atomaren Bedrohung zu bekämpfen.

Gerade das Washingtoner Gipfeltreffen der beiden Supermächte offenbart erneut, wo der Hauptfeind steht: Im 'Namen des Weltfriedens' bekräftigten Nixon und Breshnew erneut in einem sogenannten 'Abkommen zur Verhütung von Atomkriegen' die konterrevolutionäre Zusammenarbeit beider Supermächte. Es ist das Abkommen von zwei Tigern, die durch den heftigen Kampf der Völker bereits schwer angeschlagen, sich zusammenschliessen, um noch aggressiver über die Völker herzufallen, sie auszubeuten und zu unterdrücken. Die Drohung mit dem Atomkrieg soll den Kampfeswillen der Völker brechen. Und sie werden auch nicht davor zurückschrecken, diese Drohung wahr werden zu lassen, wenn die Völker sie nicht rechtzeitig daran hindern.

Aber die Völker der Welt lassen sich heute nicht mehr einschüchtern. Die US-Imperialisten haben dem vietnamesischen Volk gedroht, es mit einer Atombombe auszulöschen. Die Sozialimperialisten suchten das vietnamesische Volk zu erpressen, sich dem amerikanischen Diktat zu unterwerfen. Doch den Sieg des vietnamesischen Volkes können beide nicht verhindern. Immer mehr Völker folgen diesem glänzenden Beispiel des vietnamesischen Volkes und nehmen ungeachtet der Drohungen den Kampf gegen die Supermächte auf.

Vor allem bei der VR China beissen die beiden Supermächte mit ihren wiederholten Atomdrohungen auf Granit. Dem Washingtoner Atomkomplott hat die VR China entschieden mit ihrem 15. Wasserstoffbombenversuch geantwortet: Niemals wird sich die VR China durch Drohungen der beiden Supermächte erpressen lassen. Sie ist in der Lage, einen Überfall der beiden Supermächte mit einem vernichtenden Gegenschlag zu beantworten.

Zugleich aber fordert die VR China im Interesse der Völker, im Interesse des Weltfriedens und der Revolution eine wirkliche atomare Abrüstung:

– Auflösung aller Militärstützpunkte auf ausländischen Territorien;

– Verpflichtung aller Atommächte, nicht als erster die Atombombe zu werfen;

– Einstellung aller Atomtestversuche, einschliesslich der unterirdischen;

– Vernichtung aller Atomwaffen, ihrer Träger, Auflösung der Forschungsinstitute für den Atomkrieg;

– Verbot der Herstellung und Lagerung von Atomwaffen als Ergebnis einer Konferenz, bei der alle Länder der Welt anwesend sind.

Dass die Supermächte auf diese richtigen Forderungen nicht eingehen, zeigt, wer hier für Frieden und wer für den Krieg kämpft.

Die Supermächte hingegen verlangen von der VR China Einstellung der Atombombentests. Zugleich aber richten 30 sowjetische Atomraketen an der chinesischen Grenze ihre Spitze gegen China. Unter diesen Bedingungen ist es die internationalistische Pflicht des chinesischen Volkes und seiner Regierung, weiterhin an der Entwicklung von Atomwaffen festzuhalten und das Atomwaffenmonopol der beiden Supermächte zu durchbrechen.

Enver Hoxha sagte 1960: **"Warum soll China nicht die Atombombe besitzen? Wir denken, dass China sie besitzen soll... Die Atombombe brauchen wir, um uns zu verteidigen. Es ist die Furcht, die unseren Weinberg hütet, sagt ein altes Sprichwort unseres Volkes. Die Imperialisten sollen uns fürchten, sogar sehr."**

Vietnam-Sammlung in Mannheim

Am 5. Mai führte die KPD/ML, Ortsgruppe Mannheim mit 10 Genossen und Sympathisanten eine Strassensammlung für einen Kindergarten in der Demokratischen Republik Vietnam durch. Die Genossen gingen in Zweiertrupps. Ein Genosse verteilte Flugblätter, in denen der US-Imperialismus und der Sozialimperialismus entlarvt wurden: In denen vor allem die Notwendigkeit der Unterstützung des kämpfenden vietnamesischen Volkes hervorgehoben wurde. Ein anderer Genosse sammelte. Innerhalb von 2 1/2 Stunden wurden so über 500 DM gesammelt. Das Geld wurde unter dem Jubel der Genossen und der staunenden Passanten am Paradeplatz ausgezählt.



30.000 DM
für einen Kindergarten in der DRV (Demokratische Republik Vietnam)

Leider sind uns beim Abdruck der eingegangenen Vietnam-Spenden einige Fehler unterlaufen. Wir werden uns bemühen, solche Fehler in Zukunft zu vermeiden und bitten unsere Leser, uns dabei zu unterstützen, indem sie uns sofort kritisieren, wenn eingezahlte Spenden nicht auf der Vietnam-Spendenliste erscheinen.

Versehentlich nicht abgedruckt wurden:

18.1.	WK., Essen	007,–
24.1.	B.L., Bielefeld	130,–
	G.M., Marburg	020,–
	P.K., Bielefeld	1 000,–
02.2.	E.A., HH	1 356,58
09.3.	E.D., Köln	100,–
15.3.	M.S., Bottrop	023,70
04.6.	B.K.	025,–

Neu eingegangen:

12.6.	Vietnam-Komitee Würzburg	100,–
13.6.	Gen. der ehemaligen GRFB im Ruhrgebiet	018,–
13.6.	KSB/ML TU Westberlin	150,–
15.6.	Skatrunde Berlin	012,–
	Genossen aus der DDR (10,– DM Ost)	003,–
	Sammlung bei Vietnam-Veranstaltung	112,05
18.6.	Zelle Borsig, Westberlin	250,–
19.6.	K.P., Stuttgart	069,–
	RG Gelsenkirchen	131,70
20.6.	von Kunden der Buchhandlung 'Roter Morgen' in Berlin-Wedding	
22.6.	Berlin-Wedding	056,–
26.6.	D.N.	100,–
	Genossen aus Kitzingen	080,–
	RG Recklinghausen	085,–
27.6.	Kiel	030,–

SPENDEN AUF:
Wagner, Dorotheenstrasse
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nummer 58 92 666
Kennwort: Vietnam

Zehn Untergrundkämpfer im Sultanat Oman hingerichtet

Oman (AFP/ddp)

Wegen Vorbereitungen für einen Putsch gegen den Staats- und Regierungschef des Sultanats Oman, Kabus Ben Saiyid, sind in Maskat zehn Mitglieder der „Volksfront zur Befreiung Omans und des Persischen Golfs" (PFLOAC) zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, wie in Oman mitgeteilt wurde. Die zum Tode Verurteilten hatten gemeinsam mit 69 weiteren Angeklagten vor einem Sondergericht gestanden. Ihnen war vorgeworfen worden, sie hätten mit Hilfe ausländischer kommunistischer Parteien das Regime in Oman stürzen und die Regierungsmacht übernehmen wollen. Das Komplott gegen den Sultan war im Dezember gescheitert, nachdem mehrere Lager mit chinesischen Waffen entdeckt worden waren.

AGGRESSION IM ARABISCHEN GOLF

Die Aggressionsabsichten der Imperialisten in Nahost werden von Tag zu Tag offensichtlicher. Die Bedrohung der arabischen Völker nimmt nicht nur seitens der imperialistischen Speerspitze Israel zu, sondern auch am persischen Golf. Hier knechten nach wie vor die englischen Erdölkonzerne die Bevölkerung; aber mit dem zunehmenden Niedergang des britischen Empire stossen auch hier die Imperialisten der USA und der Sowjetunion, aber auch Japans in das entstehende 'Vakuum' nach. Der Wettlauf um die Macht am Golf verstärkt sich.

Der arabische Golf hat nicht nur wegen seines Erdölreichtums grösste Bedeutung für die Volksausplünderer. Hier stossen drei Kontinente, Asien, Afrika, Europa aneinander, hier ist ein strategischer Punkt, wo die Supermächte hoffen, ihre Stützpunkte und Flottengeschwader des Mittelmeeres mit denen des indischen Ozeans zu verbinden. Mit der Beherrschung des arabischen Golfs versucht insbesondere der US-Imperialismus eine durchgehende Kette von Aggressionszentren von Westeuropa über Südafrika bis nach Indien und Australien zu schmieden.

Auch hinter der 'Hilfe und Unterstützung' der arabischen Länder durch die sowjetischen Sozialimperialisten steht nichts anderes, als der Versuch, ebenfalls militärisch, politisch und wirtschaftlich Fuss zu fassen.

Aber das Blatt der Geschichte wendete sich endgültig, als am 9. Juni 1965 das Volk der Westprovinz von Oman, Dhofar, den Weg des bewaffneten Kampfes gegen die Kolonialherren und ihre einheimischen Lakaien aufnahm. Das Volk erwachte aus Elend und Verzweiflung und schloss sich unter der PFLOAC, der Volksfront zur Befreiung von Oman und dem arabischen Golf zusammen.

Die englischen Ölkonzerne versuchten in ihrer Bedrängnis das Volk zu täuschen, indem sie den verhassten Tyrannen, Sultan Said bin Taimur durch den angeblich 'fortschrittlichen' im englischen Nobelort Sandhurst geschulten - Kabus zu ersetzen.

Wie Radio Tirana am 10. Mai meldete, stieg inzwischen die Zahl der neglischen Offiziere und 'Spezialisten' in Oman auf 500 Personen. Es werden zahlreiche Ausrüstungen, besonders Flugzeuge und Hubschrauber geschickt. Flächenbombardements gegen die befreiten Gebiete, die Politik der "Verbrannten Erde" wird am Golf wie in Vietnam durchgeführt. Aber auch das erstickt den Hass der Völker Omans genausowenig wie in Vietnam. So musste die Söldnerarmee Kabus allein in den letzten drei Jahren verdoppelt werden und zählt jetzt 10 000 Mann. Das ist für dieses bevölkerungsarme Gebiet viel, aber für die Aufrechterhaltung der Imperialistenherrschaft immer noch zu wenig.

Die Schwäche der englischen Imperialisten ausnutzend, versucht die USA in diesem Gebiet vorzudringen. Neben ihren Marionetten Faisal von Saudi-Arabien, König Hussein von Jordanien und Israel versuchen sie auch den Schah von Persien für ihre Pläne einzusetzen. In diesem Frühjahr erhielt der Schah die grösste Waffenlieferung der USA in Höhe von 2 Milliarden. Waffen und Unterstützung erhält der Schah aber auch von Bonn. So z.B. Schnellboote, mit deren Hilfe der Iran bereits zwei strategisch wichtige Inseln im Golf eroberte. Während die iranische Armee zu weiteren Eroberungsfeldzügen gegen Oman rüstet, dienen gleichzeitig auch persische Söldner in Kabus Armee zur Unterdrückung der Volksrevolution in Oman selbst.

Aber diese Volksrevolution ist nicht aufzuhalten, weder durch englische und persische Söldner, werden mit Massenverhaftungen wie im Dezember, noch Erschiessungen, wie jetzt im Juni.

Die Volksfront zur Befreiung Omans und des arabischen Golfs wurde erst vor eineinhalb Jahren gegründet, und dennoch haben sie den waffenstarrenden Imperialisten und Reaktionären bereits entscheidende Schläge versetzt.

'Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Grossmacht vereiteln. Das ist ein Gesetz der Geschichte." Mao Tsetung

URLAUB IN ALBANIEN!

"Albanien ist ein rückständiger Polizeistaat" – "Albanien bleibt westlichen Besuchern verschlossen" – "Nur zu den wenigen internationalen Kongressen dürfen Ausländer einreisen" – Dies und Ähnliches kann man in den bürgerlichen Zeitungen lesen, von 'Bild' bis 'Spiegel'. Ähnliches behaupten Funk und Fernsehen. Da aber jedes Jahr Kollegen und Genossen nach Albanien in Urlaub fahren, wissen sie, daß es anders ist. Das wissen außer den Kollegen und Genossen, Sympathisanten der Partei, auch die vielen Bade- und Erholungstouristen, die nach Albanien fahren. Wie also ist das nun?

Die Touristik in Albanien ist noch nicht voll ausgebaut, aber für ausländische Touristen besteht das Touristen-Zentrum Durres mit vier Hotels und einer Kapazität von ca. 2 000 Betten. Die Touristen bleiben meist zwei Wochen, manche auch mehr. Sie kommen von überall her, aus Österreich, Italien, der Bundesrepublik, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden und England. Zahlreich sind auch die Arabesh, Albaner, deren Familien seit Jahrhunderten im Ausland leben, in Italien, in der Türkei und in den USA. Für die Einreise benötigen sie ein Visum, das ihnen ihr Reisebüro beschafft. Damit sind die Formalitäten erledigt.

Urlaub ohne Nepp

Die erste Überraschung erleben die Touristen, wenn sie am Flugplatz in Tirana ankommen. Hier können sie ihr Geld in albanische Lek umwechseln, soviel sie wollen. Aber es gibt keine Vorschriften, wieviel man umwechseln muss, keine Tagessätze, wie in der DDR oder CSSR, und keinen Zwangskauf von Hotelbons wie in Polen.

Für die gewöhnlichen Touristen geht es am Strand in Durres nicht anders zu als an allen Badestränden der Welt. Nicht anders - was das Meer, den Strand und die Sonne betrifft. Anders, weil hier nicht mit Meer, Strand und Sonne das grosse Geschäft gemacht wird. Am Strand von Durres gibt es keinen Nepp und keinen Sexrummel.

Dieses Touristenzentrum ist von den Albanern dadurch 'abgeschirmt', dass es von einem noch grösseren Urlaubszentrum für Albaner flankiert wird, rechts wie links. Alle baden durcheinander, Albaner und Touristen. Am Abend können die Touristen im Zentrum bleiben, wo ihnen manches geboten wird: Tanz, Filmvorführungen, Folklore, Fernsehen u.dgl., oder sie wollen lieber Albaner kennenlernen, dann gehen sie in eine der albanischen Kneipen und Tanzlokale in der Nähe. Beliebt sind abendliche Spaziergänge am Sandstrand, quer durch alle Urlaubszentren. Der einzige Polizist, den man im 'Polizeistaat' Albanien zu sehen bekommt, regelt den Verkehr auf der Hauptstrasse hinter dem Touristenzentrum, und auch das nur in der abendlichen Haupteinkaufszeit, von 17 bis 22 Uhr. Vormittags, wo die Geschäfte von 8 bis 11 Uhr geöffnet haben,

ist der Andrang nicht so gross, da braucht der Polizist nichts zu regeln und taucht auch gar nicht auf. Von 11 bis 17 Uhr sind die Geschäfte wegen der Hitze geschlossen.

Wenn sie wollen, können die Touristen an Besichtigungsfahrten zu den landschaftlich schönsten Gegenden Albaniens teilnehmen, aber jeder wählt sich seine Fahrt selber, keiner wird zu irgendeinem Programm gezwungen.

Am Ende seines Aufenthalts erlebt der Tourist noch eine Überraschung: Bleiben ihm albanische Lek übrig, werden sie ihm anstandslos in jede gewünschte Währung der Welt eingetauscht, nicht nur in die seines Heimatlandes, und zwar zum gleichen Kurs wie bei der Ankunft – 3,58 Lek gleich 1,– DM. Albanien verdient nicht am Geldwechsel, und zwingt niemanden, diese oder jene bestimmte Summe ausgeben zu müssen, wie das DDR, CSSR oder Polen tun.



Am Strand von Durres

In Albanien herrscht das Volk

Wenn Genossen und Sympathisanten der Partei nach Albanien fahren, treffen sie sich mit albanischen Kollegen und Genossen, reden mit ihnen und lernen von ihnen. Sie kommen nach Albanien nicht nur, um die Landschaft und die historischen Denkmäler zu besichtigen, nicht nur, um das Volk der Skipetaren (Albaner) kennenzulernen, sie fahren nach Albanien, um das sozialistische Albanien, den Aufbau des Sozialismus in diesem Land, kennenzulernen, insbesondere den Unterschied zwischen den Staaten des Sowjetblocks auf der einen und Albanien auf der anderen Seite.



Albanische Jugendliche empfangen Rotgardisten

Scheinbar ist ja manches ähnlich; die Fabriken sind verstaatlicht, die Äcker in Staatsgütern oder LPG's zusammengefasst usw. Das ist aber auch alles. Das sieht jeder, der ein albanisches Werk betritt, etwa das Traktoren-Ersatzteilwerk in Tirana, das Textilwerk in Berat oder das Mao-Tse-Tung-Kraftwerk in Shkodra. **An jedem Eingang sind grosse Tafeln angebracht mit der Überschrift 'Flete Rrufe' – Blitzbriefe. Es hängen ziemlich viele solcher Blitzbriefe an den Tafeln und ihr Inhalt sagt mehr über den Unterschied zwischen Sowjetblock und Albanien aus als mancher wohlvorbereitete Vortrag. In diesen Briefen kritisieren Arbeiterinnen und Arbeiter die Zustände im Werk, ihre Vorgesetzten bis hin zum Direktor, falsche Organisation, Misstände und Unzulänglichkeiten oder bringen Verbesserungsvorschläge an. Entscheidend ist, dass das eben öffentlich, auf der Flete-Rrufe-Tafel erfolgt, damit jeder Bescheid weiss. Auf jedem Blitzbrief ist das Datum angegeben, bis zu welchem eine Antwort erteilt werden muss. Ein Beispiel: Der Meister Caf hat in der Spätschicht die Arbeiterin Drita beschimpft. Was gedenkt er zu tun, um sein falsches Verhalten zu korrigieren? Antwort bis zum... Die Antwort erscheint auf den gleichen Tafeln, so auch die Antwort des Meisters Caf. Er gibt zu, dass er falsch gehandelt hat. Statt der Arbeiterin Drita ihre falsche Arbeitsweise zu erklären, hat er sie bloss beschimpft und damit niemandem geholfen, weder der Arbeiterin, noch der Produktionsbrigade oder dem Werk, ja nicht einmal sich selber. Er verspricht, sich künftig um korrektes Verhalten zu bemühen. – Aber nicht nur in den Betrieben stehen solche Blitzbrief-Tafeln, sondern auch in den LPG's, den Staatsgütern, vor den Dorfverwaltungen und in den Stadtteilen der grösseren Städte. Hier werden die Massnahmen der Behörden kritisiert und es geschieht das gleiche: es erfolgt eine Antwort und die Angelegenheiten werden ins Lot gebracht. Das sollte mal einer in der DDR, CSSR oder in Polen versuchen und eine Kritik an einem Funktionär am schwarzen Brett anbringen. Undenkbar. Nicht anders wie in der Sowjetunion und bei uns im Westen. So etwas ist eben nur in sozialistischen Ländern möglich, in China und Albanien.**

Die Arbeiter und Bauern wirken aber auch auf andere Weise an der Führung des Staates mit: Über die Gewerkschaft, die Bauernvereinigung, den Frauenbund, den Jugendverband usw. Sie arbeiten direkt an der Erstellung des jeweiligen Fünfjahrplans mit, der erst nach breiter Diskussion im Volk und Berücksichtigung aller Änderungsvorschläge vom Staat erlassen werden darf. Und damit hohe und niedrigere Funktionäre aus allen Bereichen nicht in Versuchung kommen, Speck anzusetzen und sich als kleine Könige zu fühlen, müssen sie drei Monate im Jahr in der Produktion arbeiten, nicht als Strafe, denn Arbeit ist keine Strafe, sondern damit sie nicht vergessen, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Bäuerinnen und Bauern der entscheidende Teil des Volkes sind. Sie gehen in die Produktion, um von Arbeitern und Bauern zu lernen, um die Verbindung zum wirklichen Leben nicht zu verlieren. Nur so kann die Arbeiterkontrolle über alle Bereiche gewährleistet werden.

Das eben ist der Unterschied zwischen Albanien und solchen Staaten wie DDR, CSSR oder Polen. In Albanien bestimmen die Arbeiter und Bauern die Geschicke des Staates, in den Staaten des Sowjetblocks bestimmen die Bürokraten das Schicksal der Arbeiter und Bauern, im Auftrag der neuen Kapitalistenklasse, der Ulbricht, Honnecker, Stoph und Konsorten und unter der Oberfuchtel der neuen Zaren in Moskau, Breshnew, Kossygin, Podgorny usw. Und wer bei uns noch das Sagen hat, wissen wir ja: Thyssen, Krupp, Abs etc. und ihre jeweiligen Beauftragten in Regierung, Parlament, DGB; Brandt, Scheel, Vetter, Loderer, Barzel, Strauss und andere, aber eben noch, und nicht mehr sehr lange.

Nach der Revolution und der Eroberung der Macht im Staat durch das Proletariat unter der Führung seiner Kommunistischen Partei beginnt der Aufbau des Sozialismus mit der schrittweisen Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft. Aber die Verstaatlichung der Wirtschaft ist noch nicht der Sozialismus, sie ist nur eine der Grundlagen dafür. Auf dieser Grundlage kann nur dann der Sozialismus aufgebaut werden, wenn die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei die Macht in den Händen behält, wenn sie, wie in der Revolution, bewaffnet bleibt. In Albanien sind die Arbeiter und Bauern, wie in China, in ihren Dorfmilizen und Betriebsgruppen bewaffnet, und zwar alle waffenfähigen Männer und Frauen. Im Sowjetblock gehören nur ausgesuchte Leute den Betriebskampfgruppen an, die zudem zum Werkschutz der neuen Machthaber geworden sind. Ein weiterer grosser Unterschied zwischen Albanien und dem Sowjetblock.



Reden die Massen, muß die Bürokratie schweigen

Aber selbst eine bewaffnete Arbeiterklasse kann die Macht im Staat verlieren, wenn sie nicht von einer korrekten Kommunistischen Partei geführt wird oder die Massen der Arbeiter und Bauern am Aufbau des Sozialismus nicht aktiv teilnehmen, weil dann die Möglichkeit eröffnet wird, dass eine revisionistische Funktionärsclique auf der Grundlage der verstaatlichten Wirtschaft eine neue faschistische Diktatur errichtet, wie das im Sowjetblock geschehen ist. Die Arbeiter und Bauern müssen entscheidend mitreden.

Eine der wichtigsten Losungen in Albanien, man sieht sie in Betrieben und auf grossen Tafeln an den Strassen, lautet: Wenn die Massen schweigen, hat die Bürokratie das Wort, wenn aber die Massen reden, muss die Bürokratie schweigen. Das ist ein weiterer grosser Unterschied zwischen Albanien und den sogenannten 'sozialistischen 'Staaten des Sowjetblocks: In Albanien reden die Massen und die Bürokratie muss schweigen.

Welche Bedeutung haben die Albanienfahrten für die Arbeit unserer Partei? Eine ungeheure Bedeutung. Es ist unerlässlich, dass die Genossen und Sympathisanten in Albanien sich in Diskussionen mit albanischen Kollegen und Genossen und bei ihren Besichtigungen in den Werken, LPG's und Staatsgütern und sonstigen Einrichtungen noch besser über den Erfolg beim Aufbau des Sozialismus informieren. Es ist notwendig, dass die Erfahrungen der Albanienfahrten noch besser den anderen Genossen und Sympathisanten, insbesondere aber den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben vermittelt werden. Wenn wir aufzeigen, dass das ehemalige Schlusslicht Albanien heute in Europa eine beachtliche wirtschaftliche und politische Stellung einnimmt – höhere Pro-Kopf-Produktion und höhere Einkommen als etwa Griechenland, Jugoslawien oder die Türkei bei völliger Abwesenheit jeglicher Arbeitslosigkeit oder Abhängigkeit vom Ausland – können wir beweisen, dass der Sozialismus auch bei uns erfolgreich aufgebaut werden kann. Er kann sogar viel leichter und schneller aufgebaut werden als in Albanien, das vor der Befreiung keine 3 000 Industriearbeiter aufzuweisen hatte, soviel, wie heute allein im Traktoren-Ersatzteilwerk in Tirana arbeiten. Die Albaner mussten sich die technische Grundlage für den Sozialismus, die Industrie, erst schaffen, wir haben sie schon. Aber wir werden den Sozialismus nicht aufbauen können ohne das Beispiel des tapferen und fleissigen Volkes der Skipetaren. Soviel und noch mehr als die Albaner von uns in der Technik noch lernen können, können und müssen wir von den Albanern im proletarischen Kampf gegen alle Ausbeuter, die Kapitalisten des Westens und die Arbeiterverräter des Sowjetblocks, lernen. Deshalb ist es notwendig, dass wir den breiten Massen der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, den vom Bankrott bedrohten Klein- und Mittelbauern, den sonstigen Werktätigen, den Schülern und Studenten in Vorträgen, Filmen und Veranstaltungen unsere Erfahrungen aus Albanien mitteilen.

Es ist ferner notwendig, dass wir Kommunisten uns an der Arbeit der PdAA (Partei der Arbeit Albaniens) ein Beispiel nehmen für unsere Arbeit. So, wie die Arbeit der PdAA unter dem Motto steht 'Dem Volke dienen!' müssen auch wir dem Volke, der Arbeiterklasse, den Bauern und allen Werktätigen dienen, oder wir hören auf, Kommunisten zu sein.

Das ist die grosse Bedeutung der Erfahrungen aus Albanien für uns. Sie weisen uns den Weg zur Vernichtung unserer Ausbeuter und zum Aufbau des Sozialismus in unserem Land. Je mehr dieser Erfahrungen wir sammeln, desto kraftvoller wird unser Kampf, je mehr dieser Erfahrungen wir unter den Arbeitern, Bauern und Werktätigen verbreiten, desto mehr werden sich unserem Kampf anschliessen, desto früher wird er zum Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland führen, zum Aufbau der Sozialistischen Deutschen Räterepublik.

Anschlag auf kommunistische Presse

ZÜND KERZE
BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML
OPEL BOCHUM
Nr. 3 JUNI 1973
«AUS DEM FUNKEN WIRD DIE FLAMME SCHLAGEN!»

In der 'Zündkerze', der Betriebszeitung der KPD/ML bei Opel/Bochum war im August 72 ein Artikel des ROTEN MORGEN abgedruckt worden. ''SS marschiert'' war die Überschrift dieses Artikels im Zentralorgan der Partei und darin wurde zur Erschießung des Schotten Mc Leod anläßlich der 'Baader-Meinhof-Jagd' Stellung genommen. Gegen den damaligen Verantwortlichen der Zündkerze wird jetzt wegen dieses Artikels Anklage erhoben.

Die Opfer des Polizeiterrors häuften sich zu dieser Zeit besonders. Nicht nur angebliche Mitglieder der RAF, sondern auch Lehrlinge, die bei Rot über eine Ampel fuhren (Tübingen) oder Autodiebe (Westberlin) wurden durch gezielten Kopfschuss 'erledigt'.

''Es ist nicht einfach die 'aufgeputschte Hysterie', schrieb der ROTE MORGEN damals – so hatte es die liberale bürgerliche Presse und die 'UZ' der D'K'P dargestellt – ''wenn 'einfache Polizisten' zu killen anfangen. Es geht hier vielmehr um die systematische Heranbildung einer faschistischen Terrorgruppe, es geht darum, dass der offen faschistische Mord praktiziert wird.''

Die Entwicklung hat uns recht gegeben. Kurze Zeit später platzte das Polizei-Presse-Gerücht über eine angebliche Mitgliedschaft Mc Leods in der RAF endgültig wie eine Seifenblase. Die Bundesregierung überreichte der Witwe hunderttausend Mark und entschuldigte sich. Aber der Zweck war erreicht. Die Bevölkerung sollte sich an solche 'Sicherheitsmassnahmen' gewöhnen. Zwei Monate später durchsiebten während der Olympiade die Schüsse eines Münchner Spezial-Polizeikommandos 16 arabische Patrioten und die israelischen Geiseln, die gegen gefangene Araber in Israel ausgetauscht werden sollten. Das war auch das Signal für die Bourgeoisie, die Bildung solcher 'Spezial-Sicherheitstruppen' bundesweit in Angriff zu nehmen. 4 000 Scharfschützen mit Spezialausbildung zur 'Terroristenbekämpfung' sollen in Kürze allein im Ruhrgebiet bereistehen – dort wo am 1.Mai 1973 und anlässlich des Breshnew-Besuchs der staatliche Terror gegen sogenannte 'Chaoten und Polit-Terroristen' ihren Höhepunkt erreichte.

Hier im Ruhrgebiet erschien auch als eine der ersten Betriebszeitungen der Partei die 'Zündkerze' bei Opel/Bochum. Gerade die Opel-Kapitalisten haben die grösste Mühe, die revolutionäre Entwicklung im Werk niederzuhalten. Hier wurde der Arbeiterbewegung ein Signal gegeben, als eine oppositionelle Betriebsratsliste klassenkämpferischer und kommunistischer Arbeiter in den Betriebsrat gewählt wurde. Die Marxisten-Leninisten und die Betriebszeitung 'Zündkerze' unserer Partei trugen entscheidend mit dazu bei, dass Ausbeuter und Arbeiterverräter bei Opel viele schlaflose Nächte zu verzeichnen hatten.

W. O zeichnete damals verantwortlich für die 'Zündkerze' und ist heute nun angeklagt, ''durch Verbreiten von Schriften die BRD und ihre verfassungsmässigen Organe beschimpft und böswillig verächtlich gemacht zu haben, wobei er sich durch die Tat absichtlich für Bestrebungen gegen Verfassungsgrundsätze einsetzte'' (aus der Anklageschrift gegen W. O

Der kommende Prozess gegen Genossen W.O. ist auch ein Angriff auf die kommunistische Betriebspresse. Kein Zufall: Über 80 Betriebs- und Stadtteilzeitungen unserer Partei, dazu Betriebszeitungen anderer revolutionärer und fortschrittlicher Organisationen an fast allen Grossbetrieben Westdeutschlands und Westberlins haben dem 'Betriebsfrieden' einen gehörigen Schlag versetzt. Hier, wo die revolutionärsten Kräfte der Arbeiterklasse konzentriert sind, wo nicht nur die Ausbeutung, sondern auch die Kampfstärke des Proletariats am grössten ist, ist auch der empfindlichste Nerv der herrschenden Klasse.

Im Zusammenhang mit den verstärkten politischen Entlassungen aus den Betrieben, den Ausschlüssen oppositioneller Arbeiter aus den Gewerkschaften und der Hetze von Geschäftsleitungen und gekauften Arbeiterverrätern im Betrieb gegen alle Klassenkämpfer steht auch die Zunahme von Anzeigen gegen kommunistische Betriebszeitungsherausgeber. Aber gerade hier an den Betrieben wird der Versuch der Kriminalisierung von Kommunisten am wenigsten einschlagen, hier wird jeder solcher Versuch die Wachsamkeit und Revolutionierung der Arbeiterschaft nur beschleunigen.

Die Organisierung der Solidarität für W O wird dazu beitragen.

LESER BRIEFE

RM-REDAKTION: G. Schubert 43 Essen 14 Postfach 36 07

Liebe Genossen,

Ich bin in einem Stahlgrossbetrieb in NRW beschäftigt. Dort versuche ich, eine Rote-Garde-Zelle im Betrieb aufzubauen.

Nach dem Fussballtraining hatte ich mich mit einem Kollegen in eine Pinte gesetzt und sprach ihn darauf an, dass wir am Betrieb alle gemeinsam was losmachen müssen. Wir diskutierten über die beschissene Ausbildung der Lehrlinge und die Betriebsräte, die nichts dagegen machen. Plötzlich wurde der Kumpel sauer und sagte: ''Ach, man kann nichts dagegen tun, oben sitzen immer die Bosse und kassieren, und wir löhnen für die.

Ich widersprach ihm und sagte ihm, dass dies in Albanien schon heute abgeschafft ist. ''Quatsch, da gibt es doch auch Kapitalisetn, irgendwer muss doch den Profit kriegen, in der DDR sahnen doch auch die Betriebsleiter ab.'' Darauf ergab sich eine heisse Diskussion und ich musste ihm genau erklären, wie die Produktion und die Staatsmacht von Arbeitern und Bauern geführt wird. Ich konnte ihm von meinem letzten Urlaub in Albanien viele gute Beispiele geben.

... Ein paar Tage später hatte ich mich mit zwei Jugendvertretern nach einer Gewerkschaftsschulung in Essen in einen Grill gesetzt und wir diskutierten über den IGM-Beschluss gegen Marxisten-Leninisten in der Gewerkschaft. Schnell kamen wir auf die Erfolge in Kambodshac und über Sihanouks Reise in die befreiten Gebiete ins Gespräch. Einer sagte: ''Die werden immer Kriege machen, da kann man sich kaum vor schützen.'' Ich sagte darauf, nicht immer, sondern nur solange, wie Rockefellers nach mehr Profit jagen. Er sagte als Antwort ''Stimmt, China baut sich ganz ohne Krieg auf.'' So diskutierten wir dann über eine Stunde über den Sozialismus in China. **Ich hatte viele Beispiele parat, da ich ''China im Bild'' und ''Peking Rundschau'' beziehe. Sie baten mich, von einigen Beispielen die Artikel mal mitzubrngen. Ich habe nun den Plan gefasst, mehrere wichtige Artikel zusammenzuschneiden und zu photokopieren und sie diesen und noch anderen Kollegen zu geben.**

Als ich mir alles so durch den Kopf gegen liess, war ich etwas sauer. Wieso konnte ich ihnen nicht sagen: ''Lest doch mal im letzten Roten Morgen den Artikel dazu.'' Ich konnte es nicht, weil in den letzten Nummern der Fortschritt unter der Diktatur des Proletariats gar nicht in lebendigen guten Artikeln beschrieben wurde, auch der Kampf der Völker kommt immer kürzer.

Mensch, Genossen, zwei Fragen müssen wir den Massen beantworten: Wie sieht der Sozialismus aus?
Wie kommen wir dorthin?

Gerade in China und Albanien sehen wir, wie er aussieht, der rote Morgen des Sozialismus. Gerade im Kampf der Völker sehen wir, wie es dorthin geht. Machen wir den Roten Morgen zu einem Instrument für den Sozialismus.

Rotfront

RM-Redaktion

Lieber Genosse. Dein Breif sagt sehr anschaulich, wie richtig es ist, was das Präsidium der KPD/ML in seinem Auftrag festgestellt hat. In den Massen steckt ein tiefer Drang zum Sozialismus. Es ist die Aufgabe der Partei, diese Massen im revolutionären Klassenkampf zu vereinen und ihnen die Fragen zu beantwroten, die du auch genannt hast. Es stimmt, dass der Rote Morgen diese Aufgabe vernachlässigt hat. Eine erste Korrektur ist die Artikelreihe über Albanien. Albanien ist für uns das Beispiel, wie das albanische Volk den Sozialismus verwirklicht hat, wie es beim Aufbau des Sozialismus voranschreitet. Wir müssen aber auch - viel mehr, als es bisher im Roten Morgen geschehen ist - sagen, wie es in der sozialistischen deutschen Räterepublik für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen aussehen wird. Das gilt genauso für die Frage: Wie kommen wir dorthin? Hier hat die deutsche Arbeiterklasse vor allem bei ihren Aufständen 1918/19 und 1923 mutig für den Sturz des kapitalistischen Systems gekämpft. Wir dürfen der Bourgeoisie nicht den Gefallen tun, und die Geschichte, die eine Geschichte des Kampfes der Massen gegen den Imperialismus ist, geringschätzen. Wir müssen sie vielmehr hochhhalten und als eine Anleitung für unseren heutigen Kampf ansehen und propagieren.

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

Kollegen! Der bundesdeutsche ''Rechtsstaat'', dem ich pro Monat 350 DM Steuern zahle, hat sich mir gegenüber eine verdammte Sauerei geleistet. Und zwar folgendes: Am 18.6. wurde ich fristlos aus der Wohnung geworfen. Das geht zwar rechtlich nicht, aber mir wars recht und ich habe mir 'nen Wagen besorgt, um meine Klamotten zu holen. Wie ich mit meinem Kumpel zurückkomme, eröffnet mir meine Vermieterin in einem hitzigen Wortgefecht, dass in meiner Abwesenheit die politische Polizei eine Hausdurchsuchung vorgenommen habe. Und zwar war zuerst die normale Polizei da, um eine Sachbeschädigung festzustellen. Wie sie in meiner Wohnung den Roten Morgen und mehrere Kleber sahen, erschien es ihnen nötig, ihre Kollegen vom 14. Kommissariat (Polit" Polizei) heranzuziehen. **Diese nahmen dann eine Wühlaktion vor und beschlagnahmten alle Zeitungen, persönlichen Briefe von mir, ja sogar einen Zettel, auf dem ich meine Arbeitstage aufgezeichnet hatte.** Wutentbrannt ging ich am nächsten Tag mit meinem Kumpel zum 14. Kommissariat. **Der Herr Deimel von der Popo, der auch die Hausdurchsuchung vorgenommen hatte, übrigens ohne Durchsuchungsbefehl, bereif sich auf einen Paragrafen des Strafgesetzbuches, der bei Gefahr von kriminellen Handlungen eben so war erlaube. Wie er selber sagte, ein Gummiparagraf.**

Ich war auch in Dortmund und habe von dem Prozess gegen den Roten Stahlkocher, der Zeitung der KPD/ML auf meinem alten Werk (s. RM Nr.24) gehört. Anscheinend hat dieser Staat verdammt viele Gummiparagrafen. Wenn er bei ehrlichen Arbeitern mir nichts dir nichts Hausdurchsuchungen vornimmt, sie beim Einkaufen niederknüppelt (wie in Dortmund beim Breschnew-Besuch) und ihre Meinungsfreiheit unterdrückt. Derr Deimel wurde sogar echt freundlich. Ich solle mich ja nicht aufregen, das Material sei uninteressant, es wäre alles in bester Ordnung, gegen mich läge nichts vor, man habe ja alles wiedergebracht. **Scheisse! Alles in Ordnung! Das redet die Rundschau und der Willy Brandt auch immer. Die Karre läuft hier aber ganz schön auf eine neue faschistische Diktatur hin. Aber es gibt noch genug harte Arbeiterfäuste, die so manchen finsteren Plan verhindert haben.**

SOLIDARITÄT

...in Norwegen

Im Namen unserer Partei senden wir eine Solidaritätsadresse an die KPD/ML und alle deutschen revolutionären und fortschrittlichen Menschen.

Die Bourgeoisie und ihre Staatsgewalt in Westdeutschland hat in der letzten Zeit mehr und mehr ihr wahres reaktionäres Gesicht gezeigt. Die Gefängnisse sind gefüllt mit politischen Gefangenen. Der Vorsitzende Eurer Partei, Genosse Ernst Aust, ist vor Gericht und die 'Rechtssprechung' der Bourgeoisie geholt und verurteilt worden.

Polizeijagden, Verbote von Demonstrationen und Verfolgung von Kommunisten gehören ebenfalls zu den terroristischen Massnahmen gegen deutsche Revolutionäre.

Die norwegischen Kommunisten verurteilen diesen Terror aufs Schärfste. Aber Terror und Faschismus können niemals den Kampf der Arbeiterklasse und die revolutionäre Bewegung zerschlagen.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

HÄNDE WEG VON ERNST AUST!

FREIHEIT FÜR HORLEMANN UND SEMMLER!

Mit revolutionären Grüssen
Zentralkomitee der Kommunistischen Arbeiterpartei (Marxisten-Leninisten) Norwegens.



Aufklärungsarbeit unter der Pariser Bevölkerung, über die politische Unterdrückung in Westdeutschland.

...in Frankreich

''Wir protestieren gegen die 'Neue Ordnung' der SPD-Regierung'', hiess eine Parole der Veranstaltung von deutschen und französischen Genossen und Freunden, die am 14.Juni in Paris stattfand. 'Neue Ordnung' – 'L'ordre Nouveau', so heisst die faschistische Organisation, die in den letzten Wochen verstärkt mit Unterstützung der französischen Polizei fortschrittliche Menschen und Kommunisten terrorisiert."

80 Menschen protestierten in Paris gegen den Terror in Westdeutschland, gegen die antikommunistische Hetze nach der Bonner Rathausbesetzung, gegen Demonstrationsverbote und Massenverhaftungen im Ruhrgebiet während des 1.Mai und des Breshnew-Besuchs. Die im 'Comitee d'Action des Allemands a Paris' (Aktionskomitee der Deutschen in Paris) zusammengeschlossenen Kräfte informierten die französische Bevölkerung über die Verhältnisse in Westdeutschland, so auch über die Isolationsfolter in deutschen Gefängnissen, mit der politische Gefangene geistig und körperlich gebrochen werden sollen. Auf der Veranstaltung sprachen Sympathisanten und Genossen der KPD/ML und revolutionärer westdeutscher Organisationen. Ein Vertreter der französischen Bruderpartei PCFML (KPF/ML) war ebenfalls anwesend. Die Kampfgemeinschaft der deutschen und französischen Arbeiterklasse wächst.

Kein Bombenabwurfplatz im Westermoor

Sieg der kämpfenden Arbeiter, Bauern und Schüler

Korrespondentenbericht. Im Roten Morgen Nr.23 wurde über die heftige Empörung unter den ostfriesischen Arbeitern, Bauern und Schülern gegen den geplanten Bombenabwurfplatz im Westermoor berichtet.
Inzwischen ist bekannt geworden, daß der Nato-Übungsplatz nicht eingerichtet wird. Der folgende Bericht zeigt, warum.

Am 7.6. sollte eine zentrale Demonstration in Papenburg stattfinden. Die Bürgerinitiative hatte dazu Innenminister Lehners eingeladen. Auf der letzten Sitzung der Bürgerinitiative wurde statt über Forderungen an den Minister nur noch über die 'Wahrung seiner Sicherheit' beraten. Zusammen mit der Polizei wurde der Vorschlag abgelehnt, Lehners vom Feuerwehrturm aus sprechen zu lassen. Denn da wäre er von den Massen umstellt gewesen. Es wurde gejammert, dass zu wenig Ordner da wären. Ja, man befürchtete, 'wilde' Strassensperren der Bauern in der Umgebung würden Lehners erst gar nicht bis Papenburg gelangen lassen.

Sie fürchteten sich zu recht. 'Papenburg wäre zu Bruch gegangen', war die Meinung vieler Bauern. "Diesmal hätten wir uns nicht vertrösten lassen."

Am 30.5. hatten Arbeiter, Bauern und Schüler ganz Ostfriesland abgeriegelt. Der Polizeifunk wurde abgehört, und bei jeder geplanten Umleitung sofort wieder eine Strassensperre errichtet. Es wurde kurzer Prozess gemacht. Als z.B. einmal ein Polizeifahrzeug im Weg stand, fuhr ein Trecker mit einer hydraulischen Gabel vor, hob das Fahrzeug zur Seite und barrikadierte selbst die Strasse. In Ramsloh wurden zwei im Wege stehende Bullen kurzerhand in den Kanal geworden. Zwei grosse Bulldozer, die schon eine Zufahrtsstrasse für die Bundeswehr im Westermoor roden wollten, wurden in der Nacht zerstört und unbrauchbar gemacht. Da es in Ostfriesland viele Hebebrücken gibt, schipperten die Schiffer dort dauernd hin und her, so dass die Brücken ständig offen waren.

Die Arbeiter der Meyer-Werft legten an diesem Tag geschlossen die Arbeit nieder. Andere Betriebe schlossen sich an. Alle marschierten in voller Montur auf die Strasse und blockierten die wichtigste Kreuzung in Papenburg. Sie würden das sofort noch einmal machen, "wenn wir erfahren, dass irgendwo anders ein Bombenabwurfplatz geplant ist."

Die Bürgerinitiativen zeigten in dieser Situation, wie in Nordhorn und Klausheide auch, auf welcher Seite sie standen. Einer ihrer Sprecher in Rauderfehn: "Wir haben ja noch die Möglichkeit, die Bauern zu bewegen, ihre Trecker zur Seite zu stellen, wenn wir ihr Vertrauen geniessen und zu ihnen auf Plattdeutsch sprechen. Wenn aber die Polizei kommt und sagt: Die Trekker müssen weg! sagen die nur: Da kann ja jeder kommen! Und lassen Sie mal 200 bis 300 Traktoren abschleppen, ein Ding der Unmöglichkeit!"

Während so die Bürgerinitiative zum Rückzug blies, gab es für die Arbeiter und Bauern nur: Vorwärts!



Fünf Tage später zogen 200 Lehrlinge in einer unangemeldeten Demonstration — auch die Bürgerinitiative wusste nichts davon — durch die Strassen Papenburgs. Einige LKW's rasten auf Aufforderung der Polizei brutal durch die sitzende Menge. Die Bürgerinitiative drohte von ihrem Lautsprecherwagen herab mit Polizeieinsatz. Aber die Lehrlinge rissen das Lautsprecherkabel des Wagens heraus und benutzten ihn selbst für einige Zeit für die Strassenblockade.

"Das Moor in Brand stecken, wenn nicht bald eine klare Antwort der Regierung kommt", sagten uns einige Bauern.

"Wenn der Bombenabwurfplatz kommt, gibt es nur noch eins: Schiessen." Das erklärten uns unabhängig voneinander alle Bauern, die wir sprachen, bis auf eine Ausnahme. **Einer sagte: "Irische Verhältnisse werden hier eintreten, wenn man daran festhält, einen Bombenabwurfplatz hierher zu legen."**

Schliesslich, als die Bürgerinitiativen zunehmend isoliert waren, als Pläne auftauchten, über Pfingsten Norddeutschland von der holländischen Grenze bis zur Weser abzuriegeln, kam der Bescheid: Kein Bombenabwurfplatz in Ostfriesland.

Dieser Kampf der Arbeiter, Bauern und Schüler in Ostfriesland ist in erster Linie ein Existenzkampf. Die Bauern leben in dieser Gegend von der Viehzucht. Bis zu 10 Meter tieffliegende Düsenjäger (Tag und Nacht) hätten ihnen ihre Existenzgrundlage zerstört. Aber auch alle anderen ca. 100 000 Menschen in dieser Gegend wären hart betroffen gewesen: Industrie wäre abgewandert, Lehrer hätten sich versetzen lassen, Schulunterricht wäre kaum möglich gewesen. Die schwierige Lage der Bevölkerung, die schon jetzt unter hoher Arbeitslosigkeit leidet, hätte sich weiter verschärft.

Und 'Weg mit der Nato', erklärten uns Arbeiter der Meyerwerft. "Schon 1952 haben wir gegen die Wiederaufrüstung gekämpft. Und was geschieht denn mit unseren Nato-Waffen in Griechenland?"

Immer mehr aber wendet sich der Kampf auch gegen den Militarismus. "Was nützt es, wenn der Bombenabwurfplatz nicht hierher kommt, sondern woanders? Wir sind gegen Bombenabwurfplätze überhaupt."

Die Arbeiter, Bauern und Schüler Ostfrieslands haben durch mutigen Kampf einen vollen Sieg errungen. Der Kampf, den die Bevölkerung von Klausheide und Nordhorn gegen den gleichen Feind, die Nato, führt, wird schwieriger sein, weil dort der Bombenabwurfplatz schon besteht. Aber auch er wird erfolgreich sein, wenn die Bevölkerung in ihrem Kampf fortfährt. Die Solidarität der ostfriesischen Arbeiter und Bauern ist ihnen 100%ig sicher.

Kämpfe an den Universitäten nehmen zu

MARBURG: Lehren des Sozialstreiks

Zwei Monate stand die Kampffront der Marburger Studenten gegen die Erhöhung des Sozialbeitrags um 31,50 DM. 6 000 Studenten hatten sich für Kampfmassnahmen ausgesprochen, 4 500 verweigerten bei der Rückmeldung die Bezahlung des erhöhten Beitrages, obwohl die Kultusbehörde mit Exmatrikulation (Ausschluss von der Universität) drohte. Nun wurde der Kampf mit einem Kompromiss beendet. Wie kam es dazu?

Die Kampfbereitschaft der Studenten war gross, trotzdem gelang es dem KSB/ML und anderen fortschrittlichen Gruppen nicht, die Studenten aus der reinen Verweigerungstaktik herauszubekommen und den aktiven politischen Streik durchzusetzen. **Das lag vor allen Dingen an der Abwiegelei der Revisionisten vom MSB/Spartakus, die den ASTA beherrschen. Sie propagierten illusionäre Forderungen, wie "Runter mit der Rüstung - mehr Geld für die Bildung". Sie lenkten die Aktivität der Studenten in kleinen Aktiönchen ab (Verbrennen von Briefen etc.), die allesamt den Kampf keinen Schritt vorwärts brachten.**

Als der Kultusminister schliesslich einen Kompromiss von 94,50 DM anbot, meinten die Revisionisten-Führer, weiterer Kampf sei zwecklos und forderten die Studenten auf, den Betrag zu zahlen. **Der KSB/ML beantragte Nichtannahme des Kompromisses. Nur durch Tricks** (dreimalige Abstimmung über diesen Antrag, zweimal hatte die Mehrheit unseren Antrag angenommen) **konnten die Revisionisten die Annahme unseres Antrages verhindern. Unter den fortschrittlichen Studenten herrscht riesige Empörung über den Verrat der Revisionisten. Innerhalb des MSB/Spartakus kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Führern. Wir werden diesen Sieg der Revisionisten in eine Niederlage verwandeln.**

Grossen Schaden hat auch die Politik des "KSV" (Studentenverband der "KPD") angerichtet. Nachdem sie zuerst den Kampf der Studenten als ständisch verleumdeten, hängten sie sich schliesslich an, als er eine Beteiligung von 4 500 Studenten erreichte. Sie führten den Kampf als reinen Abwehrkampf und verzichteten auf die Propaganda des Sozialismus. Zu der Demonstration von 8 000 Marburger Studenten veranstalteten sie ihre astreine Gegendemonstration, weil sie ihre "politische Führung" nicht durchsetzen konnten.

Im Gegensatz zu dieser von links nach rechts schwankenden Spalterpolitik, hat der KSB/ML immer an der Seite der Studenten gekämpft, vorwärtsweisende Kampfforderungen aufgestellt und die Verbindung mit der Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus propagiert.

DORTMUND: Streikbrecher

Am 28.Juni traten die Angestellten des Studentenwerks Dortmund in einen Streik. Sie protestierten damit gegen die steigende Arbeitsüberlastung und forderten von der Landesregierung Schaffung weiterer Planstellen und mehr Zuschüsse.

Der KSB/ML Dortmund hat sich



sofort mit den Streikenden solidarisiert und die Studenten zur Unterstützung ihres Kampfes aufgerufen.

Als offene Streikbrecher dagegen betätigten sich die Revisionisten vom 'SPARTAKUS' (Studentenverband der D'K'P).

Als am Donnerstag auch Mensa-Personal in der PH streikte und es nichts zu essen gab, da tauchten plötzlich die Revisionisten auf und wollten belegte Brötchen verkaufen! Aber da waren sie bei den Streikenden an der richtigen Adresse: Die Arbeiter und Angestellten brachten sie ganz schnell dazu, ihren Imbisskram kleinlaut wieder einzupacken.

Das wird sicher dazu beitragen, dass der Einfluss der Revisionisten an der PH geringer wird.
Immer mehr Studenten erkennen, dass es nur Demagogie ist, wenn die Revisionisten von der Verbindung mit der Arbeiterklasse reden! Und dass es die marxistisch-leninistischen Studenten sind, die sie verwirklichen.

MÜNCHEN: Polizei - Raus aus der Uni

Mit über 1 000 mit Knüppeln bewaffneten Polizisten versuchte der reaktionäre Münchner Rektor und die bayrische Landesregierung den Vorlesungsstreik der Münchner Studenten gegen die Verabschiedung des Bayrischen Hochschulgesetzes zu brechen. Die Polizisten schützten die Streikbrecher und knüppelten Streikwachen nieder. Trotz dieser brutalen Einsätze ist es fortschrittlichen Studenten gelungen, viele Vorlesungen zu sprengen und zu verhindern. Die Polizisten belagerten das Audi-Maximum (grösster Hörsaal der Universität), um die Studenten an der Abhaltung einer Vollversammlung und von Teach-ins zu hindern. Am Donnerstag demonstrierten 20 000 Studenten aller Hochschulen Bayerns gegen die Polizeieinsätze an der Universität.

KIEL: 'Volksfeinde raus - Spitzelrektor weg'

Unter der Schirmherrschaft des reaktionären Kieler Universitätsrektors Hattenhauer, der Landesregierung und Vertretern aller bürgerlichen Parteien formiert sich an der Universität Kiel eine braune Terrorgarde. RCDS (Studentenorganisation der CDU), Burschenschaftler und anderes dunkles Gelichter schlossen sich als 'Studenten für das Grundgesetz' zusammen, um den 'roten Terror' zu brechen und 'Recht und Ordnung' wieder herzustellen.

Der MSB-Spartakus und der SHB zeigten ihr wahres Gesicht erneut, obwohl sie ein wenig gegen die Burschenschaftler schimpften, verteidigten sie das kapitalistische Grundgesetz auf das Schärfste. Sie erhoben sich zu den 'wahren Verteidigern des Grundgesetzes' und zankten mit den Burschenschaftlern darum, wer von ihnen das Grundgesetz auf seiner Seite hat. In ihrer Stellung zum bürgerlichen Staat und zum Grundgesetz machten sie den Burschenschaftlern 'ernsthaft Konkurrenz'

Am 22.6. wollten die Braunen im Auditorium Maximum eine Veranstaltung 'Grundgesetz in Not?' abziehen. Die Hauptrede sollte der ehemalige Bürgermeister Hamburgs und Vater des Extremistenerlasses (Entfernung von Kommunisten und fortschrittlichen Menschen aus der Lehrerschaft), Prof. Weichmann halten. Aber dazu kam es erst gar nicht. Der fortschrittliche ASTA, die Roten Zellen und der KSB/ML hatten breit unter den Studenten das Ziel dieser Reaktionäre entlarvt und die Studenten aufgerufen, den braunen Klüngel auseinanderzujagen.

Am Freitag war dann das AUDI MAX bis auf den letzten Platz mit Studenten besetzt. Die Reaktionäre hatten ihrerseits alles zusammengekratzt, was auf ihrer Seite stand: Korporierte, RCDS-ler, Prominenz von Uni, Regierung und Bundeswehr. Ihr Häuflein war trotzdem nicht grösser als 300 Mann.

Ein Vertreter des ASTA stellte den Antrag, die Tagesordnung zu ändern. Statt Weichmanns Hetzrede anzuhören, sollte über die Spitzelmassnahmen des Rektors (der Rektor hatte im AUDI MAX eine Abhöranlage anbringen lassen) und andere Machenschaften, wie die Verweigerung von Räumen für politische Veranstaltungen des ASTA diskutiert werden. Mit überwältigender Mehrheit wurde dieser Antrag angenommen.

Mit den Sprechchören "Volksfeinde raus!" und "Spitzelrektor weg!" wurde Weichmann an seiner Rede gehindert. Als Schlägertrupps der Reaktionäre ein Handgemenge provozierten, haben die fortschrittlichen Studenten zurückgeschlagen und sie vom Podium gestossen. Anschliessend hielt der ASTA eine Rede mit Megaphon (der Saft wurde von den Reaktionären abgedreht) und verabschiedete eine Resolution, in der der 'reaktionäre Mummenschanz' verurteilt wurde. Die Resolution wurde mit 1 290 Stimmen gegen n e u n Stimmen angenommen.
Inzwischen sind bereits Strafanträge gegen den ASTA und fortschrittliche Studenten gestellt worden, das Landeskabinett berät 'weitere Konsequenzen gegen die Linksextremisten'.

Damit werden sie aber nur das Gegenteil erreichen, der Kampf der Kieler Studenten wird breiter und militanter!

Kontaktadresse: